

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgelb),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Staining,
verantwortlicher Redakteur: Fritz Paschlow, beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Neue Brennerstraße 16, 1. Etage.

Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 S.
Postkatalog Nr. 3181.

An die Mitglieder des Maurerverbandes!

Der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Baumeister B. Felsch, sagte nach einem Bericht in Nr. 74 der „Baugewerks-Zeitung“ vom 16. September d. J. in einer Versammlung des Berliner Arbeitgeberbundes: „Die Ruhe im Baugewerbe kam nur durch einen großen Kampf und vollkommenen Sieg der Arbeitgeber erkauft werden.“

Und in derselben Nummer schreibt die „Baugewerks-Zeitung“ in einem Artikel an erster Stelle:

„Allgemein war man (gemeint ist die Versammlung des Berliner Bundes) der Ansicht, daß man nur durch einen langen Kampf, der ähnlich wie in Dänemark in einer allgemeinen Arbeiterausperrung seinen Ausdruck finden müsse, zu einem dauernden Frieden kommen werde.“

Kollegen allerorts! Ob dieser Äußerungen, die klar erkennen lassen, was ein Theil der Unternehmer gegen unsere Organisation im Schilde führt, rufen wir Euch zu: Erkennet den Ernst der Situation und thuet Eure Pflicht! Geht mit voller Kraft an die Arbeit, zur weiteren Ausdehnung und inneren Festigung unseres Verbandes!

Zahlet pünktlich Eure Wochenbeiträge; am Jahresluß darf Keiner mehr rückständig sein. Beteiligt Euch Alle ohne Ausnahme an den Sammlungen für den Streifonds, damit es uns, wenn es den Unternehmern gelüsten sollte, die angebrohte große Aussperrung zur Ausführung zu bringen, nicht an „Pulver“ fehlt!

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand. J. A.: Th. Bümelburg.

Streikstatistiken.

Jahre hindurch hat die offizielle Reaktion und ihre Helfershelferschaft in Deutschland die Bekämpfung der in den Streiks gipfelnden „Mißbräuche des Koalitionsrechts“ betrieben, ohne auf eine amtliche Streikstatistik sich stützen zu können. Die Herren am Regierungssitze hielten eine solche Statistik für überflüssig und begnügten sich mit den bezüglichen Mittheilungen der Polizei- und Regierungsbehörden. Erst als es sich im vorigen Jahre für Herrn v. Posadowsky darum handelte, Material zur Begründung der Zuchthausvorlage zu schaffen, verselb diese „maßgebende Stelle“ auf den Gedanken, eine regelmäßige amtliche Streikstatistik einzurichten. Unseren Lesern dürfte der diesbezügliche Erlaß des Grafen Posadowsky in Erinnerung sein, welcher eine Fragestellung enthält, die ohne Weiteres darauf schließen ließ, daß diese Statistik nicht etwa eine streng objektive und unparteiische Nachweisung sein, sondern lediglich dazu dienen solle, die Streikbewegung mit ihren Begleiterscheinungen als „unvereinbar mit den Interessen des Staates und der Gesellschaft“ hinzustellen und auf diese Weise Vorwände für die Bekämpfung der Arbeiterorganisation und die Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter zu schaffen.

Diese Tendenz der von Herrn v. Posadowsky in's Werk gesetzten amtlichen Streikstatistik fand in der Veröffentlichung derselben, betreffend die Resultate des ersten Quartals d. J., ihre Bestätigung. Nimmehr liegen im selben erschienenen dritten Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches die Mittheilungen über das zweite Quartal vor.

Nach den amtlichen Ermittlungen haben im zweiten Quartal 357 Streiks begonnen. Da ist denn sofort zu konstatieren, daß diese Ziffer nicht stimmt. Die amtliche Statistik läßt nicht weniger als 58 Streiks, die auch im zweiten Quartal begonnen haben und worüber die Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Aufschluß giebt,

völlig unberücksichtigt! Ein Beweis, wie „zuverlässig“ die amtliche Stelle bedient ist, wie wenig ihre Nachweisungen das Zeugnis der Brauchbarkeit beanspruchen dürfen. Unter den unberücksichtigt gebliebenen Streiks sind 12, welche auf das Baugewerbe entfallen, darunter die Maurerstreiks in Bobejuß bei Stettin, Witten, Cammer bei Lehnin, Sonnenburg und Meerane. Die 58 Streiks umfassen mindestens 6000 Streikende. Und es handelt sich da nicht etwa nur um kleinere Streiks, auch größere befinden sich darunter; so der Streik der Bergleute zu Gerne (1500 Streikende), der so viel von sich reden gemacht hat; der Streik von 600 Musikinstrumentenarbeitern in Leipzig; der Streik von 560 Leipziger Formern; der Streik von 500 Zimmerern in Frankfurt a. M.; der Streik von 450 Biegeleiarbeitern in Wiedermünde.

Genau 16,22 pft. aller Streikfälle im zweiten Quartal, mit etwa 17,4 pft. aller Streikenden, sind in der amtlichen Statistik nicht angegeben. Und in den Angaben, welche die mitgetheilten Streiks betreffen, sind ebenfalls arge Unvollständigkeiten und Ungenauigkeiten enthalten. So ist nicht angegeben die Zahl der streikenden Maurer in Dresden (gegen 3000), die der streikenden Maurer in Augsburg (800), in Weihenfeld (179), in Blankenburg (122); die der streikenden Tischler in Stuttgart (ca. 1000) etc.

Insgesamt giebt die amtliche Statistik die Zahl der Streikenden im zweiten Quartal um etwa 13000 zu niedrig an.

Ist die amtliche Stelle wirklich so unerhört schlecht bedient gewesen, oder hat sie ihre Freunde gehabt, statt rund 47000 Streikende, welche im zweiten Quartal thatsächlich vorhanden waren, deren nur 34509 anzugeben? Diese Frage gewinnt an Bedeutung angesichts des Umstandes, daß die amtliche Statistik es sich angelegen sein läßt, die Zahl der Kontraktbrüchigen im Verhältnis zu der der Streikenden recht scharf in Erscheinung treten zu lassen. Ihren Angaben nach haben von 34509 Streikende sich 8888 des Kontraktbruchs schuldig

gemacht. Das würde mehr als 25 Prozent sein. Nimmt man aber die richtige Summe der Streikenden, circa 47000, so reduziert sich die Zahl der Kontraktbrüchigen auf noch nicht 20 pft. Ein ganz erheblicher Unterschied. Und dieser Unterschied ist in Wirklichkeit noch größer, denn nicht wenige der behördlichen Angaben über Kontraktbruch sind übertrieben oder völlig unbegründet. So sollen etwa 3000 lothringische Bergarbeiter „kontraktbrüchig“ gewesen sei. Aber selbst solche bürgerliche Blätter, die mit der Arbeiterbewegung gewiß nicht sympathisieren — u. A. auch das „Leipziger Tageblatt“ — haben zugeben müssen, daß der Streik auf durchaus berechtigten Gründen unter Anerkennung der gesammten Bevölkerung erfolgt sei. Was haben die Angaben über „Kontraktbrüchigkeit“ der Arbeiter für einen Werth? Nun, die „maßgebende Stelle“ braucht zu weiterer Vertheidigung der Zuchthausvorlage Material. Welches „Effekt“ muß es machen, wenn vom Regierungssitze im Reichstage Jemand auftritt und „füßlich-entrüstet“ triumphirend sagen kann: „Seht Ihr, so mißbräuchen die Arbeiter ihr Koalitionsrecht! Von 34509 Streikenden sind nahezu 9000 kontraktbrüchig geworden!“

Wo die amtliche Statistik an 9000 Kontraktbrüchige annimmt, da kann man ohne Weiteres und ohne befürchten zu müssen, sich tendenziöser Unwahrheit schuldig zu machen, erklären, daß diese Annahme um mindestens 4000 zu hoch gegriffen ist. Kontraktbruch im moralischen Sinne liegt unbedingt da nicht vor, wo die Arbeiter durch die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer geradezu zum Streik gezwungen werden. Da wird das Unrecht des Kontraktbruchs des Arbeiters gutes Recht.

Indessen, mit solchen Erwägungen haben die Streikstatistiker des Herrn von Posadowsky nicht zu rechnen; objektiver Information soll ihre Arbeit ja nicht dienen; maßgebend dafür ist einzig und allein die „ordnungspolitische“ Tendenz, welche der Arbeiterorganisation und dem Koalitionsrecht her

Arbeiter zu Leibe will. Aber Graf Posadowsty darf sich darauf verlassen, daß die Verteidiger der Arbeiterfrage im Reichstage ihm die Verantwortlichkeit für die amtliche Streikstatistik nicht schenken werden. Er hat mit derselben dem Beweise erbracht, daß es ein Unbilden ist, eine derartige Statistik auf die von Vorurtheil, Unwissenheit, ja mitunter von blindem Fanatismus beeinflussten Angaben der Polizei- resp. Verwaltungsbehörden zu stützen. Diese Behörden müssen ganz und gar aus dem Spiele bleiben. Völlig unabhängig von ihnen muß die amtliche Stelle ihre Erhebungen veranstalten, und völlig unabhängig von der Regierung muß sie die Resultate dieser Erhebungen verarbeiten können. Die Arbeiterorganisation ist der Faktor, der in erster Linie für eine unparteiische, umfassende, zuverlässige Streikstatistik in Betracht kommt. Daß sie schon jetzt unendlich viel Besseres leistet, als die amtliche Statistik des Herrn von Posadowsty, wollen wir im folgenden Artikel näher darlegen.

Rundschau.

*** Interner Geschäftsakt.** Das Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung waren vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. angeklagt der Maurer P. H. Holz und der verantwortliche Redakteur der sozialdemokratischen „Volksstimme“, Otto Bielowski. Termin in diesen Sachen fand am 8. d. M. statt. Holz soll am 28. August verhaftet haben, auf einem Neubau, wo die Maurer die Arbeit eingestellt hatten, einen fortarbeitenden Maurer durch Drohungen zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen. Beide gehören der Organisation der Maurer an. Der Angeklagte will keine Drohung ausgeübt haben, sondern nur gesprächsweise an die Pflicht gegen die Organisation erinnert haben. Auch der Verteidiger, Dr. Böwenthal, sieht in der Ansprache des Angeklagten, der Vertrauensmann der Organisation ist, keinerlei Drohung, sondern nur eine berechtigende Verwarnung. Urtheil: eine Woche Gefängnis. — Bielowski steht unter der Anklage, in drei Artikeln seines Blattes Mitte August eine Verurtheilung gegen Personen erlassen zu haben, die von der Streikbewegung der Maurer abgesehen waren. Es soll darin gemerkt worden sein, von ihnen und ihren Verwandten, die Gewerbetreibende sind, etwas zu kaufen. Der Verteidiger, Dr. Böwenthal, behauptet, daß in der Erklärung eine strafbare Handlung liegt, und macht darauf aufmerksam, daß eine Verurtheilung der Maurer zur Zehnfachung, am Streik auch nicht vorliegt, weil sie schon nicht mehr streikten. Das Gericht erkennt aber auf einen Monat Gefängnis.

Beim Bau des Schulhauses in Fretenwalde wurde am 9. März d. J. der Maurer Willy Mathes eingestellt. Mathes war in Berlin aus dem Zentralverband der Maurer ausgeschieden worden. Die Maurer am Schulbaue waren deshalb über seine Einstellung unzufrieden. Zu irgend welchen Velleibigungen kam es aber nicht. Am 11. März er. erzählte Mathes während der Arbeit in Gegenwart der Lehrlinge unanständige und rohe Geschichten über sein Zusammenleben mit Mädchen. Der Maurer Robert Schiele, dessen Sohn einer der Lehrlinge war, und der Maurer Julius Wastan verabredeten sich dies ernstlich.

Schiele und Wastan erhielten aber auf die Anzeige des Mathes Anklage wegen Velleibigung und Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung, die am 25. September vor der Strafkammer zu Gera vorab zu verhandelt wurde.

Mathes bezeugte, Schiele habe gesagt, er sei ein Streikbrecher, ehrslos und nicht werth, daß er mit Kollegen arbeite; wenn er Ehre hätte, würde er nicht arbeiten. Wastan aber habe gesagt: „Du Lump, Du bist nicht werth, daß Du hier unter den Kollegen arbeitest, Du mußt Dich mal erst ehrlich zeigen!“ Das sei gesagt worden, um ihn zu veranlassen, dem Verbannten der Maurer beizutreten, nicht wegen seiner Erzählung von Unanständigkeit. Der Arbeiter und ein Maurer, die zur Zeit unantastbar neben Schiele und Wastan arbeiteten, bekundeten dagegen, diese hätten den Mathes wegen seiner gemeinen Erzählungen zur Rede gestellt und etwa gesagt: Mathes sei ein ehrloser Kerl, solche Geschichten in Gegenwart der Lehrlinge zu erzählen, er sei nicht werth, daß ein ehrsamere Geselle mit ihm zusammen arbeite.

Sünf weitere vernommene Maurer konnten sich der Worte der Angeklagten nicht mehr erinnern, bezeugten aber, daß von Streikbrechern und dergleichen dabei nicht die Rede war. Es wurde ferner bezeugt, daß einige Tage später Schiele und Wastan dem Bauherrn erklärten, mit Mathes nicht zusammen weiter arbeiten zu wollen und daß Mathes, der sich wieder zur Aufnahme in den Verband bei der Poststelle in Fretenwalde gemeldet hatte, nicht aufgenommen wurde.

Trotzdem war der Erste Staatsanwalt Unger der Ueberzeugung, daß das Zeugniß des Mathes zu Grunde zu legen sei, daß die Angeklagten den Mathes beleidigt hätten, um ihn zu veranlassen, dem Verbannten beizutreten. Solcher „terroristischer“ müsse streng bestraft werden. Er beantragte gegen Schiele und Wastan je drei Monate Gefängnis. Dagegen wies der Reichsbürgermeister Dr. Herzfeld auf die psychologische Unmöglichkeit hin, daß die Angeklagten, welche dem Mathes ihre Empörung über seine gemeinen Geschichten ausprägten, durch ihre beleidigenden Worte seinen Anschluß an den Verband herbeiführen wollten, daß selbst wenn sie ihn dabei Streikbrecher genannt hätten, dies eine Antwort sei auf die gemeinen Geschichten des Mathes, beregends auf die Thatfache, daß man Mathes gar nicht im Verband hätte haben wollen, wie sein Ausschluß in Berlin und die Ablehnung seines Gesuches um Aufnahme in Fretenwalde ergebe, beregends auf die Aussagen der sammtlichen übrigen Zeugen. Der Gerichtshof glaubte dem Mathes, schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts über die „terroristische“ Tendenz der Beleidigungen an und bewirkte jeden der beiden bisher unbescholtenen, mehr als 40jährigen Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis.

Verbunden mit dieser Sache und gleichzeitig verhandelt wurde eine Anklage gegen die Maurer Ernst Bries und Fritz Mannel. Mannel, ein junger Mensch von eben 18 Jahren, hatte dem Mathes am 11. März das Facet im Berthe von M. S. zerhackt. Er gab dies zu, hatte aber in der Vorunter-

suchung angegeben, Bries habe ihn dazu aufgefordert. In der Hauptverhandlung zog er diese Erklärung zurück und gab auf die Vorhaltung des Bries zu, daß dieser ihm gelegentlich beim Nachhausefahren erzählt habe, ihn, Bries, sei in früheren Jahren, als er unorganisiert war, die Spole zerhackt worden. Der Erste Staatsanwalt meinte, das frühere Geständniß des Mannel genüge zur Verurtheilung und beantragte gegen Mannel vier Monate, gegen Bries als Anführer je sechs Monate Gefängnis. Der Verteidiger meinte, wenn die Angaben von Schiele und Wastan, die durch eine Reihe eidlicher Aussagen unterstützt würden, nicht glaubhaft erschienen, so könne man doch Bries nicht auf die im Vorverfahren abgegebene und in der Hauptverhandlung widerzogene, von seinem einzigen Zeugen unterstützte Angabe des Mitangeklagten Mannel, der sich wohl durch die Behauptung von der Anführung eine mildere Strafe habe sichern wollen, in's Gefängnis schicken. Bezüglich der Höhe der beantragten Strafe wies er auf die Berechnung des Objektes hin und die bei dergleichen Sachverhältnissen sonst üblichen geringen Geldstrafen, die vielfach verhängt würden, selbst wenn das Motiv ein gemeines sei, nicht wie hier beleidigende Ständesinteressen. Das Gericht berurtheilte Bries zu zwei Monaten Gefängnis und Mannel zu einem Monat Gefängnis.

Aus Blankenburg a. S. erhalten wir folgende Zuschrift: Als die ersten Opfer des Blankenburger Maurerkriegs standen am 3. d. M. die Maurer Rettig und Wabersky vor den funktionsfähigen Schranken des hiesigen Amtsgerichts. Gegenstand der Klage: Streikverderblichkeit. Kläger: Staatsanwaltschaft. Hauptzeuge: Der beleidigte Streikführer. Die beiden Angeklagten waren beschuldigt, am 24. Juli d. J. gelegentlich des Schulbaues, den „arbeitssüchtigen“ Maurer E. Fruchthaus öffentlich und öffentlich-beleidigend zu haben, indem sie ihm Streikverderblichkeit, Vagabund, Spillhunde geschimpft, Mitleid bemessen auch in's Aeußere gelassen haben soll. Der Maurer Wabersky giebt zu, Streikverderblichkeit und Mitleid ausgesprochen zu haben und will den Diebstahl des Geldes bezeugen, weil aber von Vorwissen, Amtsdiebstahl, daran verhandelt. Mitleid bekennt die ihm zur Last gelegten Ausreden, er will gleichfalls auch mit Spillhunde gesagt und vor Allem den Gebrauch nicht in's Gesicht, sondern er will an die Erde geschrien haben. Der „Korn“ wurde aber beschuldigt gerade das Gegentheil mit aller Bestimmtheit. Im Laufe der Verhandlungen fragte der Vorsitzende den Gebrauch, ob er sich am Streik beleidigt hätte, worauf er antwortete, daß er dies leide er nicht gelassen habe. Bei dieser Antwort meinte der Herr Amtsdiebstahl, Zeuge solle nur sagen, ob er gestreift habe oder nicht, ob er dies jetzt beutbarer, wäre belanglos. Das Urtheil lautete gegen Rettig auf 14 Tage, gegen Wabersky auf eine Woche Gefängnis. Wir sind ja nun längst darüber hinweg, uns über solche Urtheile besonders aufzuregen, wie begnügen uns damit, diese einfach zu registriren. Herabsehend wollen wir noch, daß der Amtsdiebstahl den Umstand als strafschärfend hervorhebt, daß die Angeklagten aus Mangel über das Verhalten des Gebrauch beim Streik zu gehandelt hätten. Die hiesigen Richter haben die Macht, im Interesse ihrer Klasse also zu urtheilen.

*** Aeltere Erbauung des von der Polizei.** Unser Kollege J. Müller aus Eisen befindet sich gegenwärtig im Gefängnisse auf Anklage. Am 27. September sollte er auch in Neuhardt a. D. Oria eine Versammlung abhalten, doch konnte diese nicht stattfinden, weil sie in der Voraussetzungen der Versammlung nicht zustande gekommen wäre (im Vereinszimmer werden gegenwärtig alle öffentlichen Versammlungen verboten), gar nicht erst angemeldet war. Als Müller in der Versammlungskafette eintraf, wurde er von dem Wächter G. G. G. empfangen, der ihm diese Thatfache mittheilte. Die beiden Genossen hielten sich darauf noch längere Zeit im Gespräche in dem Kofale auf, als sich plötzlich die Thür aufthat und zwei Wächter der öffentlichen Sicherheit, Freund und Müller, hereintraten. — Der Eine von diesen, der offenbar mit den beiden Kollegen nicht gut Freund ist, hatte kaum die beiden bemerkt, als er auf sie zuwies und mit gewöhnlicher Stimme in die Worte ausbrach: „Ist löse die Versammlung auf und fordere die Anwesenden auf, den Saal zu verlassen.“ Unsere zwei Genossen, welche die so überraschende Weise aufgelöste Versammlung gebildet hatten, waren anfangs harr vor Stammen; so etwas war ihnen denn doch noch nicht vorgefallen. Doch es sollte noch besser kommen: Wink wurde gemaltfam aus dem Kofale entfernt und Müller wurde für verhaftet erklärt. Als Müller darauf verlangte, vor den Bürgermeister geführt zu werden, um sich über die Art und Weise, wie man ihn behandelte, beschwerden zu können, meinte Freund: Wir wissen wohl, daß Sie von irgend einem Streikcomité geschickt sind, um die Arbeiter aufzuwecken, damit werden Sie aber in Neuhardt kein Glück haben, dafür werde ich schon sorgen, wie ich aus mein Möglichstes thun werde. Ihnen Ihr Sandwörter als sozialdemokratischer Gegner und Aufwiegler zu legen.“ Als dieser strenge Geisteswächter und Sozialistenverächter sich etwas beruhigt hatte, nahm er zwar von der Verhaftung Müller's Abschied, bewachte ihn aber so lange, bis er sein Nachlager aufsuchte.

Am 6. Oktober wollte unser Freund Müller in Jena in einer öffentlichen Maurerverammlung sprechen. Doch der Polizeigewaltigkeit hatte es anders beschloffen. Ihm mochten wohl noch alle Erinnerungen aus der letzten sozialistengesellschaftlichen Zeit aufstehen, denn er verbot die Versammlung durch folgenden Ukas:

Der Gemeindevorstand Jena, den 4. Oktober 1899. und Untervorstand Jena. Die Abhaltung der für Freitag, den 6. d. M., Abends 7½ Uhr, in der „Krone“ angemeldeten öffentlichen Versammlung der Maurer wird hiedurch behördlich verboten, da der Redner als sozialdemokratischer Agitator bekannt, auch als Verbrecher bereits verurtheilt ist. Singer, Oberbürgermeister.

In einer Mitgliedsversammlung hat Müller ungeduldet sprechen können. Jedenfalls hat der Herr Oberbürgermeister angenommen, daß an den Mitgliedern des Verbandes doch nicht viel mehr zu verdienen sei.

Ein recht vorsichtiger Mann ist der Bürgermeister in Stadtilm. Zu der Versammlung, die daselbst am 1. Oktober stattfand und zu der Kollege Müller ebenfalls als Referent erschienen war, hatte er sich in höchst feiner Person eingefunden, außerdem aber noch der Stadtschreiber, der Selbsthüter und den Ortsdiener. Letztere in Massen, mitgebracht, um nöthigenfalls ein etwa eintretendes Ungeheuer abzuwehren zu können. Kaum hatte Müller mit seinem Vortrage begonnen, als ihm der Au-

gewaltige zur „Ordnung“ rief mit den Worten: „Sie dürfen nur das sagen, was ich erlaubt habe.“ Ein wahrhaft klaffender Ausruf. Der alte heffische Genarm, der nicht gehalten wollte, daß man über „Thema“ sprach, muß sich dagegen lassen, wenn er es nicht schon ist, er ist übertrifft durch den Bürgermeister in Stadtilm. Nachdem Müller nun seinerseits dem Bürgermeister eine Belohnung darüber hätte zu Theil werden lassen, was Ordnung bedeutete, konnte er seinen Vortrag beenden. Am anderen Tage erklärte der Stadtschreiber dem Einberufer der Versammlung, daß dem Bürgermeister die Behandlung, die er von Müller erfahren habe, nicht gefallen hätte. Das glauben wir gern.

Am 24. September sollte in Meß eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung stattfinden, in der ein Referent von der Agitationskommission der Steinarbeiter aus Straburg einen Vortrag halten wollte. Die nöthigen Schritte betreffs der Abhaltung einer öffentlichen Versammlung wurden bei der Polizeibehörde rechtzeitig gethan, und betreffs des Saales versprach der Lokalbestreuer Gemmersbach, Große Beerstraße, acht Tage vorher, in Gegenwart von vier Zeugen, daß der Saal zur Verfügung stehe. Der Einberufer ging nun an dem bestimmten Tage ein paar Stunden vorher hin, um nachzuschauen, ob der Saal auch bereit sei. Da wurde ihm zu seinem Erstaunen eröffnet, daß er den Saal nicht haben könnte. Nach dem eigentlichen Grund befragt, erklärte die Frau Wirthin dem Einberufer: „Der Polizeikommissar hat's nicht gern.“ In dem Lande des Dittaturparagrafen verhält die Polizei alle Mittel, die Arbeiterbewegung niederzuhalten. Verlegen die Gerichte, wie es bei unermöglichtem Mangel der Saal war — er wurde freigesprochen —, dann verlorst sie es mit dem bewährten Mittel der Saalabstreicherei. Niemand wird ihr das auf die Dauer allerdings auch nicht. Die Arbeiterbewegung schreibt vorwärts, trotz alledem.

In Arnburg sollte am 10. September eine öffentliche Maurerverammlung resp. Volksversammlung mit dem Kollegen Geisler als Referent stattfinden. Die Versammlung war ordnungsgemäß bei der zuständigen Stelle angemeldet; doch wurde begehrt das Erlaunen des Einberufers, als er anstatt der erhofften Versammlung folgendes Schriftstück erhielt:

Polizei-Verwaltung der Stadt Arnburg, Arnburg, den 9. September 1899. Nr. 1326.

Die von Ihnen nachgesuchte Bescheinigung über die am Sonntag, den 10. September 1899, Nachmittags 5½ Uhr, im hiesigen Schützenhause anberaumte öffentliche Volksversammlung kann Ihnen nicht ertheilt werden, weil aus der Eingabe vom heutigen Tage nicht hervorgeht, wer als Unternehmer der Versammlung anzusehen ist.

Die Polizei-Verwaltung. Wollf.

Ein persönliche Vorstellung unseres Kollegen bei dem Bürgermeister blieb erfolglos. Der Herr Polizeigewaltigkeit erklärte ganz kategorisch: „Es bleibt bei der Polizeiverordnung.“ Als nun die Versammlung trotz der verweigerten Bescheinigung abgehalten werden sollte, wurde diese aufgelöst. Auf eine beim Landrath eingelegte Beschwerde kam folgender Bescheid: Die Versammlung war vorläufiglich angemeldet. Unternehmern oder Einberufer braucht nicht unter der Anmeldung zu stehen. Name des Anmeldebers genügt. Unser Kollege frag hierauf: „Wie steht es aber nun mit den Kosten, die wir untermüßig und ohne einen Zweck erreicht zu haben, aufzubringen, wird bezahlt werden.“ Nach meiner Meinung hat der Bürgermeister ein Amtsvergehen begangen und müßte zur Entschädigung herangezogen werden können.“ Antwort: „Ich kann hierzu nichts machen, das Geld müssen Sie sich eintragen.“ — Und da sage noch Einer, daß Preußen sein Reichsland sei.

Wieder einmal eine Versicherungsanstalt. Der Verband der Zimmerer ist gleich dem Verbannte der Maurer von dem Landgericht in Magdeburg verurtheilt worden, eine Versicherungsanstalt im Sinne des Gesetzes zu sein. Die schon des Oeffteren vergeblich verurtheilte „Staatsbreitung“ nahm ihren Ausgang in dem in dieser Beziehung schon berühmten Städtischen Gasthause, nur mit dem Unterschiede, daß die Maurer gleich in acht Instanzen verurtheilt wurden, während die Zimmerer erst nach dem Magdeburger Landgericht als Verurtheilten in fünf Instanzen verurtheilt wurden, während die Zimmerer erst nach dem Magdeburger Landgericht als Verurtheilten in fünf Instanzen verurtheilt wurden, während die Zimmerer erst nach dem Magdeburger Landgericht als Verurtheilten in fünf Instanzen verurtheilt wurden.

*** Lohnverhältnisse der städtischen Bauarbeiter in der Schweiz.** Im Geschäftsberichte der Verwaltungsbehörden der Stadt Winterthur wird eine Uebersicht über die Lohnverhältnisse der bei den städtischen Bauämtern in acht Städten beschäftigten Arbeiter nach dem Stande vom März 1899 gegeben. Darnach bestehen daselbst folgende Verhältnisse:

	Höhe der Arbeiter	Höchst- Maximum	Niedrigst- Minimum	Durchschnitt
Gelehrte Arbeiter (Sandwerker).				
Winterthur	5	5,50	4,80	5,15
Birich	24	6,50	4,70	5,60
Basel	10	5,—	4,—	—
Bern	27	5,50	4,20	—
Neuenburg	11	7,20	5,50	5,90
Chaux-de-Fonds	9	5,—	3,85	4,—
Basel	2	(52 Cts. pro St.)	—	—
Freiburg	15	3,—	2,50	2,80
Ungelehrte Arbeiter (Tagelöhner).				
Winterthur	63	4,50	3,50	3,90
Birich	238	5,—	4,—	4,27
Basel	165	4,85	3,65	—
Bern	80	4,—	3,20	3,55
Neuenburg	87	4,80	3,90	4,40
Chaux-de-Fonds	50-150	40 Cts. pro St.	30 Cts. pro St.	3,80
Basel	20-30	37 Cts. pro St.	32 Cts. pro St.	3,50
Freiburg	8	2,50	2,50	2,50

Die höchsten Löhne zahlte bemnach Neuenburg mit Fr. 5,50 im Minimum und Fr. 7,20 im Maximum für gelehrte Arbeiter und Fr. 4 resp. 6 pro Tag für ungelernete Arbeiter.

Leipziger Gewerkschaftskartell contra Buchdrucker-Verband.

Zu dem Kartell in Nr. 89 unseres Blattes hat, wie wir auch nicht anders erwarten, die Buchdrucker-Wacht, das Organ der abgeklärtesten Buchdrucker-Gewerkschaft, Stellung genommen.

Aber auch Gewerkschaftsbeamte sind treuere Menschen, selbst wenn sie zu Mitgliedern der Generalkommission avanciert sind. Wenn sie selbst nicht die Sache zu betreiben wagen, sollte es es dennoch unternehmen wollen, so können wir ihn gleich darauf hinweisen, daß die Unternehmungsbeurtheiler der Buchdrucker-Verbandes im Jahre 1899/99 gemacht wurden, keineswegs nur neuen Tarifgemeinschaften gefällig haben, sondern erst im Jahre 1898 wurde dieselbe abgeschlossen infolge des damaligen Vorgehens der Gehilfen. Solche Unwissenheit sollte man in der Generalkommission doch nicht antreiben, am wenigsten aber bei denjenigen ihrer Mitglieder, die über diese Dinge zu schreiben unternehmen.

Unschreibbar ist richtig, daß die jetzige Tarifgemeinschaft 1898 abgeschlossen worden ist. Genao richtig ist aber auch, daß die Tarifgemeinschaft, wenn auch nicht in dem jetzigen Umfange, vorher bestanden hat und durch den Streit eigentlich nur unterbrochen worden ist. In dem Protokoll über die 1898er Generalversammlung des Buchdrucker-Verbandes ist ausdrücklich auf die Stillschließung des Tarifvertrages hingewiesen, der zwischen Besatz und Gehilfen vereinbart worden ist. Die Wacht wird möglicher Weise sagen: Tarifliche Abmachungen und Tarifgemeinschaft ist ja nicht! Auf solche schließliche Punkte lasse ich mich aber nicht ein. Lediglich beweist der vorstehende Hinweis der Wacht, nur, daß sie gegen den Kern des Kartells nicht vordringen kann. Die Wacht will es auch nicht gelten lassen, daß die Opposition schon ziemlich zusammengekommen gewesen sei, als die Ausschüsse erfolgten. Es heißt in der Wacht: Hier müssen wir ihn (den Verfasser - ov) wieder auf seine Unkenntnis hinweisen; er weiß nicht, daß die Ausschüsse nur 4 Wochen nach der 1898er Generalversammlung erfolgten und daß die Delegiertenwahlen eine Mehrheit an Stimmen gegen die Tarifgemeinschaft ergeben hatten. Nur der unglücklichen Wahlkreisverteilung war es geschuldet, daß trotzdem die tarifgemeinlichen Delegierten nur ein Drittel bildeten. Angesichts dieser Thatsachen davon zu reden, daß die Opposition schon ziemlich zusammengekommen war, als "einige Särer gar zu laut wurden", ist nicht ausgedrückt, unverschämter Dummheit.

Ganz gerichtlich gelinde ist, daß die auf die Delegierten entfallenden Stimmen nicht gezählt habe. Das glaubwürdiger Seite habe ich aber die Kenntnis, daß die Beauptung der Wacht eine irrige ist. Mir im Uebrigen Unkenntnis vorzuwerfen, ist ettel Ueberhebung der Wacht. Dazu braucht man nicht einmal Reklatur zu sein, um zu wissen, daß die Ausschüsse bald nach der Generalversammlung erfolgten, das weiß jeder Arbeiter, der sich zu der Zeit gewerkschaftlich und politisch betätigt hat. Aber eine neuenswerte, standhafte Opposition gab es hier Wochen nach der Generalversammlung nicht mehr. Die Opposition war schon auf der Generalversammlung zusammengeklappt; und die sieben Männer, die zuerst ausgesprochen wurden, kämpften von vornherein für eine verlorene Sache.

Die Wacht befreit auch, daß der Gewerkschaftskongreß die Tarifgemeinschaft, insbesondere die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker, gestiftet habe. Der Kongreß habe sich mit der nichtschlagenden Resolution aus der unangenehmen Affäre gezogen und an eine Vertheilung der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft habe er sich nicht herangewagt. Und warum nicht? Die Wacht antwortet: Weil er sie nicht hätte billigen können. In dieser Beziehung ist die Wacht ebenfalls sehr weit auf dem Holzwege. Der Kongreß hat es abgesehen, sich speziell mit der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft zu beschäftigen; die Billigung dieser Tarifgemeinschaft liegt aber in der Resolution. Wer lesen kann und sich nicht polizeiwürdig bumm anstellt, wird diese Billigung in dem Schlusssatz der Resolution finden: "Da er und Umfange der jeweiligen Vereinerbarungen lassen sich nicht schematisieren, sondern hängen von den Eigenarten des betreffenden Berufes ab."

Eine wirkliche Unrichtigkeit ist mir in meiner Darstellung unterlaufen. Die Zahl der Buchdruckerdelegierten im Leipziger Kartell ist nicht mehr sechs sondern zwei. Das konnte ich nicht wissen, da dies meines Wissens öffentlich nicht bekannt geworden ist. Richtig bleibt, daß neben den sechs zuständigen Buchdruckerdelegierten sechs andere von dem kleinen Gauslein der Opposition gewählt wurden. Und die letzteren sechs wurden vom Kartell anerkannt; wie lange alle sechs dem Kartell angehört haben, ist Nebenache. Der springende Punkt bleibt: Die Kartelle haben über die Tarifgemeinschaft keine irgend eine Gewerkschaftsbeschäftigung zu lassen!

Wacht herlich gelacht habe ich über die Weisheit der Wacht, daß das dem Kartell eingeschlagene Massonement anscheinend aus anderer Feder geflossen sei. Ich bin berechtigt Wacht! Mit derselben stumpfen Feder, mit der ich die wahrheitsgetreue Darstellung des Sachverhalts betreffs Kartell-Tarifgemeinschaft geschrieben, habe ich auch das Massonement verbrochen. Ich habe noch nie aus meinem Herzen ein Mißvergnügen gemacht. Nun noch einige Worte zu den Genossen Weyer und Jacob in Leipzig. Dieselben haben nochmals eine Erklärung ertauscht, in der sie der Meinung Ausdruck geben, die Reklatur des Grundstein sei falsch unterrichtet über den Streit. Die Genossen bezweifeln, daß die Reklatur der Wachtigkeit geben

habe mit der Veröffentlichung des Kartells. Das sind Meinungen, die ich bei Beligiger Freundschaft nicht rauben kann. Es ist aber auch heute werthlos, darüber zu streiten, auf welcher Seite die größte Schuld war. Der Kartell soll nur bezeugen, die Ungelegenheit richtig zu stellen, soweit Kartell und Buchdrucker-Tarifgemeinschaft in Frage kommen. Diesen Zweck hat der Kartell und die daran gefühlte Polemik hoffentlich erfüllt. Ein weiteres Eingehen auf den Streit-kräftig sich für uns.

Die Reklatur des Grundstein frug in Nr. 40: Was würden die Genossen Weyer und Jacob gethan haben betreffs Streikunterstützung anderer Gewerkschaften, wenn die Maurer von eben diesen anderen Gewerkschaften aus dem Kartell ausgeschlossen worden wären? Die beiden Genossen antworten darauf: Wir würden der allgemeinen Arbeiterfrage immer noch so viel Achtung vor ihren Gegnern verschaffen, daß unser Verhalten nicht als Gerabehaltung der Arbeiterfrage empfunden würde. Damit, daß die Kartell öffentlich aufgefodert haben, jene streikenden Arbeiter nicht zu unterstützen, haben sich diese Herren in die Reihen unserer Gegner gegeben, somit der Arbeiterfrage einen schädlichen Dienst erwiesen. Damit ist auch diese Frage für den Grundstein erledigt. Frk Wasplov.

Baugewerbliches.

* Fährlichkeit der Bauarbeit. Berlin. Am 8. Oktober stürzte auf dem Neubau Landbergstraße 89 ein Kellergewölbe ein. Mehrere Arbeiter wurden verunglückt; die Feuerwehre ist mit den Rettungsmaschinen beschäftigt. Bei dem Einsturz des Neubaus in der Landbergstraße wurden zwei Arbeiter verunglückt. Welche sind von der Feuerwehre dort aufgefunden worden.

Wiesbaden. (Fig. Ber.) Ein schweres Unglück ereignete sich am 4. d. M., kurz vor Feierabend, in der Gasse Adolfsstraße. Der Maurer A. Scheid aus Wiesbaden und der Maurer W. S. Subenraus aus Schloß waren an dem Neubau des Volkshausgartens mit dem Verlegen der Thoralansteine und Thorschwelle beschäftigt, wobei die Thoralansteine noch 8-10 cm in den Thorspalt eingelassen werden mußten. Man brach und meißelte nun an dem Thorspaltfundamente, um den nöthigen Raum zu erhalten, wobei aber der Pfeiler plötzlich im Fundamente nachgab und umkippte, zwei Mann unter sich tödtlich verlegend. Der 8 m hohe Pfeiler brach dem Schindl die Brust ein und führte sofort dessen Tod herbei, während Subenraus noch lebend nach dem städtischen Krankenhaus gebracht wurde, wo er aber schon seinen Verletzungen erliegen soll. Nur wenige Minuten und Kollege Scheid nebst Subenraus hätten wieder im häuslichen Kreise weilen können; jedoch sollte ihnen die Freude nicht mehr vergönnt sein. So viel festzustellen, war das Material des Fundamentes bedeutend schlechter als das des eigentlichen Pfeilers, denn der Pfeiler im Fundamente war gerade wie loser Sand und der des Pfeilers durchaus gut. Bei regelrechter Fundamentierung hätte der Pfeiler eine Abminderung von 8-10 cm zum Einsetzen des Thoralansteines getragen müssen; jedoch auch hätte dieser Stein nach sachgemäßer Vorrichtung vom Maurer des Pfeilers verlegt werden sollen. Schreiben waren keine angebracht, um ein Umkippen des Pfeilers zu verhindern, was das Erste hätte sein müssen, um die Arbeit mit Sicherheit ausführen zu können. Wir empfehlen unseren Kollegen, ihr Tage weit recht vorsichtig zu gestalten, selbst wenn die Antreiberei auf's Bestehe betrieben wird, sollte sich kein Kollege einschleudern lassen und sachgemäß, mit Gehalt und Ueberlegung sich Wort verhalten. Die Arbeit läßt der Maurermeister A. K. er ausführen, welcher an Schulhausneubau in Weidenheim mit den Kellergehenden gleichfalls kein Glück hatte. Angeklagt wurde auch dort schlechtes Material verwendet.

Wittenberge. Am 8. Oktober fiel beim Ausbringen von Balken auf einen Neubau einem Maurer, der unten arbeitete, ein Mauerstein auf den Kopf, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Wien. Am Freitag, den 6. d. M., ist auf einer der belebtesten Straßen ein bereits bis zum zweiten Stock herausgebautes neues dreistöckiges Gebäude eingestürzt. Unter den Trümmern wurden 18 Leichen hervororgezogen und 8 Arbeiter sind schwer verunruhrt. Den Bau leitete Stadtbauingenieur Prozorow. Die gerichtliche Untersuchung ist im Gange.

* Baumfälle in Bayern im Jahre 1898. Nach der jüngst erschienenen Unfallstatistik der Bayerischen Baugewerkschaft-Vereinsgenossenschaft für das Jahr 1898 trafen im vergangenen Jahre auf 106 589 im Baugewerbe beschäftigte Personen 5335 Baumfälle. Davon waren 101 Unfälle von tödtlicher Folge. Auf Oberbayern treffen allein 2016 Baumfälle, von denen 25 tödtlich verließen. Die meisten (618) Unfälle brachte der Monat Juli (Schlaflose) im Baugewerbe, während im Februar nur 280 Unfälle zu verzeichnen sind. Gegen das Jahr 1897 haben sich die Unfälle in Bayern im Jahre 1898 um 402 vermehrt. Wälgig erwerbsunfähig wurden im Jahre 1898 im Ganzen 67 Personen. Mehr als 18 Wochen waren infolge von Unfällen 18 339 Personen und weniger als 18 Wochen 4175 Personen erwerbsunfähig. Erstmalige Verletzungen 55 Arbeiterinnen und 81 jugendliche Arbeiter. Die 1202 männlichen erwachsenen Mannespersonen vertheilten sich auf folgende Gewerbe: Maurer 665, Zimmerer 196, Glaser 3, Steinmetzen 42, Stukkatoren 10, Dachdecker 87, Kupfalterer 6, Bodenmalner 7, bei Gas- und Wasserleitungsarbeiten Beschäftigte 18, Ofenfeher 8, Steinmeißler 66, Baupolier 12, Mühlensbau (Sohl), Schiffbau 1, Tapezierer 1 und im Nebenberufe: Malchmisten 71, Steinbrucharbeiter 106 und beim Fuhrwerksberufe Beschäftigte 29.

Seit dem Bestehen der Baugewerkschaft-Vereinsgenossenschaft (1. Oktober 1885) kamen im bayerischen Baugewerbe 44 867 Unfälle zur Anmeldung. Davon waren 1196 tödtlicher Natur.

Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Sie beweisen, in welcher löstiger Weise die Schutzvorrichtungen auf Bauten beschaffen sind. Sie geben aber auch den Arbeitern die Lehre von der Nothwendigkeit eines immer engeren Zusammenhanges durch die gewerkschaftliche Organisation. Was das Unternehmertum nicht freiwillig thun will, die Verbindung von Vorrichtungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit, dazu muß es von der Organisation gezwungen werden.

* Keine Gerüststütze mehr? Dem "Vorwärts" wird von sachmännlicher Seite geschrieben: In letzter Zeit konnte man mehr als sonst von Einstürzen verschiedener Gerüste auch in unserer Stadt lesen, wobei auch

jedes Mal die auf diesen Gerüsten beschäftigten Personen verunglückten. Wir wollen deswegen nicht verheimlichen, auf eine Neuerung auf dem Gebiete der Gerüstkonstruktion hinzuweisen, welche einen Einsturz oder ein Nachgeben ausschließt. Dieses Gerüst ruht auf starken hölzernen Schwellen, welche bei Materialgerüsten weniger, bei Baugerüsten weiter voneinander entfernt, ein festes Fundament für das ganze Gerüst bilden. Auf diese Schwellen werden nun als schließendende Schwellen hölzernen Schwellenschuhe aufgeschraubt, welche die vertikalen Gerüsthölzer aufnehmen, d. h. in jedem Schuh werden zwei direkt aneinanderstehende quadratische Hölzer aufgeschraubt, die kumpf in diesen Schuhen stehen. Diese Schwellenschuhe sind längs der Schwellen 8 m voneinander entfernt. Die vertikalen Hölzer sind nun bis zum ersten Hauptstrahlboden, d. h. bis zur ersten Etage, von verschiedener Länge, und zwar ist das eine 7, das eine 8 m hoch. Auf diesem kurzen der vertikalen Gerüsthölzer liegt nun horizontal ein eiserner Verbindungsschuh auf, der aber gleichzeitig das längere Gerüstholz in sich einschließt, so daß dieses um die Hälfte seiner Länge über den genannten Verbindungsschuh heraustragt. Dieser Verbindungsschuh nimmt gleichzeitig auch die horizontalen Längs- und Querriegel auf, welche von einem Verbindungsschuh zum anderen, das heißt von einem vertikalen Gerüsthölzer zum anderen reichen. Eine Diagonallverpannung, bestehend aus schwachen eisernen Verbindungslangen, preßt dann die Verbindungsschuhe gegeneinander, dadurch wird das ganze Gerüst, da ja die Längs- und Querriegel als Gegengewicht einer gegenseitigen Neigung der Schuhe widerstehen, ein einziges festes System. In dieser geschlossenen Weise erhöht sich nun das Gerüst von Etage zu Etage in jede denkbare Höhe. In beschriebenen Stärken ausgeführt, wird das Gerüst als Mauer, Stütz- oder Baugerüst ausgeführt. Die Vortheile dieses Gerüsts bestehen in der überaus einfachen Vorhabung, sowie in der unbedingten Standfestigkeit, welche durch die Diagonallverpannung erreicht wird, und welche selbst der ungleichmäßigsten Belastung und dem stärksten Sturmangriff widersteht. Die bisher üblichen Verbindungsmittel, wie Eisenbüchsen und Haken, die bisher zum Festhalten der einzelnen Gerüste dienen, werden bei dieser Konstruktion gänzlich verworfen.

Die Zweckmäßigkeit dieser Anstalten können wir aus eigener Erfahrung bestätigen. Dieselben haben nur bei einem Fehler - sie werden von den Unternehmern, weil sie etwas theurer sind als andere Gerüste, nicht allgemein eingeführt.

* Die erste Untergrundbahn in Deutschland ist am 16. September eröffnet worden. Es ist dies der Spreetunnel zwischen Erlaus und Trepzow bei Berlin. Um unseren Lesern ein kleines Bild von dem Tunnel und dessen Ausführung zu geben, reproduzieren wir nach der Frankfurter Zeitung einer Vortrage des Regierungsbaumeisters Schübel, den dieser bei der Eröffnungsvorlesung hielt:

Die Vorarbeiten für den Bau reichten bis in den Sommer des Jahres 1895 zurück, wo sie auf einem von den städtischen Behörden zur Verfügung gestellten Bauplatz im Trepzower Park begonnen wurden. Dem Unternehmen stellten sich bald solche Schwierigkeiten entgegen, daß die Hoffnung, die Anlage noch während der Gewerbestellung dem Betriebe zu übergeben, vereitelt wurde und nur eine 180 m lange Versuchsstrecke als Sperrschranke bis zu diesem Termin vollendet werden konnte. Die mannigfachen Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, und der Widerstand der Behörden, die dem neuen Werke sehr feindselig gegenüberstanden, haben seine Ausführung beträchtlich verzögert, so daß im Ganzen ein Zeitraum von 2 1/2 Jahren verfloß. So ist die erste Untergrundbahn in Deutschland zu Stande gekommen, deren Kosten sich auf 1 700 000 belaufen. Das ergab eine Summe von 11 8000 pro Meter. Dieser Kostenanwuchs ist quasi nur als Scherz zu betrachten, denn einer Weiterführung des Unternehmens kämen die Erfahrungen, die man während des Baues gesammelt, reichlich zu Gute.

Der Tunnel ist 454 m lang und freuzt den 195 m breiten Spreetunnel schrägwinkelrecht. Er führt durch ohne feineren, in den unteren Schichten graben, von Wasser durchzogenen Sand, der leicht in Bewegung geräth, sobald die Gleichgewichtslage verlassen wird. Seine Zwischenluft ist beheizt gewöhlich, doch über dem 4 m weiten Tunnelrohre noch eine Sanddecke von mindestens 3 m Stärke vorhanden ist. Der letzte Punkt der Tunnelsohle liegt 12 m unter dem mittleren Wasserpiegel des Flusses, dessen Tiefe an jener Stelle bei mittlerem Wasserstande 8 m beträgt. Die kreisförmige Tunnelröhre ist schiffelartig aus einzelnen ringförmigen Gliedern zusammengefügt, und jeder Ring für sich ist wieder aus neun Platten, die aus Zinkblechen hergestellt sind, zusammengefügt. Um das Gehen des Tunnelmantels vor Frost zu schützen und das Gerüst bei der Durchfahrt derzüge zu mindern, ist die Röhre mit einem 8 cm starken äußeren und innen 12 cm starken inneren Ueberzuge aus Zementmörtel versehen worden. Das Innere des Tunnels ist so weit, daß ein Straßenbahnwagen von der üblichen Größe noch bequem hindurchfahren kann und neben dem Wagen noch so viel Raum übrig läßt, daß in geeigneten Abständen Auswechslung für das Bahnpersonal angeordnet werden konnten. Die größte Schwierigkeit des Unternehmens lag in der Anlegung des Unterganges, denn das ganze Flutthal der Spree ist mit Sand ausgefüllt. Hier mußte mit Hilfe von Pfeilstahl das Wasser zurückgedrängt werden; doch hat sich für die Beamten und Arbeiter trotz Jahre-langer Thätigkeit in der Pfeilstahl-Wachtthel für ihre Gesundheit bemerkbar gemacht. Der einzige Uebelstand, der sich während des Baues herausstellte, bestand darin, daß sich infolge der Abgrabungen die Sandmassen über und dicht neben dem Tunnel sackten. Hier hätte ein anders konstruirtes Bruststück abgeben können, aber eine Veränderung war nicht mehr möglich. Sedenfalls ist der schwierigste Theil der Anlage vollkommen gelöst worden, und die Anlegung des Unterganges darf als Beweis begrüßt werden, daß es keine ernstlichen Hindernisse für die volle Durchführung der Berliner Untergrundbahn, die zunächst bis zum Schleißchen Bahnhof geleitet werden soll, mehr gibt.

Lohnbewegungen und Streiks.

Maurer.

Ausgesperrt sind die Verbandskollegen in Alzey und Pyritz in Pommern.

Im Streit befinden sich die Maurer in Berlin (Wutzer und Rabigpuster), Minden i. W., Kolberg, Norderney, Offenbach a. M. und Genua.

Sperren sind verhängt über die Bauten der Unternehmer Lamp, Rechter und Brinmann in Baubezirk Langensfelde-Stellingen-Eidelstedt-Vorfstedt, Wismer und Seeger in Neuzelle, Große & Sohn in Fürstenberg a. d. D., Postneubau in Oldenburg im Großherzogthum, Dinkhof in Zerlöh, Reisch und Gebr. Eder (Postneubau) in Steyer, Raune in Hamburg, Berger in Hildburghausen, Herm. Küster in Gollnow, Gröbler, Rosenthal, Kusmeyer und Kleinke in Braunschweig, Tant, Kumm, Jäck und Wandrey in Bodejuch und Bänse in Torgelow.

Zugzug ist weiterhin fern zu halten von Dresden, Bad-Nauheim und Zwidaun.

Der Streik in Weiskirchen wurde am Sonntag, den 8. d. M., zu Gunsten der Gesellen beendet; die Forderung wurde durch Unterschrift der Unternehmer anerkannt.

Die Sperre über den Bau des Amtsgerichtsgebäudes in Ettlin, Unternehmer Sildens aus Stargard, ist aufgehoben. Der entlassene Kollege wurde wieder eingestellt.

Aus Staßfurt wird uns mitgeteilt, daß die Sperre über das Baugeschäft Gruppe mit einem Siege der Gesellen beendet hat. In einer gemeinschaftlichen Zusammenkunft der Lohnkommission mit den Meistern verpflichtete Gruppe sich, sämtliche ausständige Gesellen wieder einzustellen und Maßregelungen nicht stattfinden zu lassen.

Ueber den Streik in Minden ist Neues nicht mitzuteilen. Die Verhältnisse haben sich dort so scharf abgeipigt, daß jede Aussicht auf eine Einigung geschwunden ist. Im Streik befinden sich nur noch zwei Kollegen; 53 arbeiten zu den neuen und 43 zu den alten Bedingungen.

Nachträglich wird uns noch geschrieben, daß die Zahl der Streikbrecher sich vermehrt hat, sie kommen hauptsächlich aus Hannover. Die Hannoveraner Kund-Kollegen behaupten, der Vertrauensmann für Hannover-Länder habe erklärt, der Streik in Minden sei beendet. Was hieran Wahres ist, werden die Kollegen in Hannover hoffentlich ergründen. Als Führer der Hannoveraner Streikbrecher sind zu nennen: Flemming, von der verachteten Firma Deppe & Flemming, und Borgard, ebenfalls ein verachteter Unternehmer. Die Streikbrecher erzählen auch, daß sie 50 % pro Stunde erhalten (die Streikenden fordern 40 %) und die Arbeit in Alford übernommen haben. Weitere sieben Streikbrecher kamen aus dem Fessischen (zwischen Rostock und Wismar) und in der Wippenen Landessetzung werden täglich Maurer für Minden gesucht. Die Kollegen allerorts, ganz besonders aber die Hannoveraner, werden dringend ersucht, den Zugzug fern zu halten.

Für die Berliner Arbeiter hat sich auch in der verflochtenen Woche die Situation verbessert. Von den circa 180 Unternehmern, die zur Zeit überhaupt Mitarbeiter haben, haben 120 die Forderungen bewilligt. Ungefähr 1000 Kollegen arbeiten zu den neuen Bedingungen.

In Stolberg sind die Maurer ausgesperrt worden, nachdem vorher 24 Kollegen die Arbeit niedergelegt hatten. Die Unternehmer geben vor, die Gesellen seien vertragsbrüchig geworden. Nach den uns gemachten Informationen ist dies jedoch keineswegs der Fall. Im Frühjahr dieses Jahres übersandten die Gesellen den Unternehmern einen Tarif, in dem unter Anderem 40 % Stundenlohn gefordert wurden. Eine Vereinbarung kam aber nicht zu Stande; angeblickt hat der Obermeister es verfaumt, die nötigen Schritte in die Wege zu leiten. Die Lohnkommission der Gesellen erhielt gar keine Nachricht darüber, ob die Unternehmer unter sich über den Tarif gesprochen hatten und ob sie ihn anerkennen wollten. Dagegen ist anzuerkennen, daß die Mehrzahl der Unternehmer den geforderten Lohn den Sommer hindurch gezahlt haben und auch ferner zahlen wollten; einige Unternehmer zahlten aber auch 42 %.

Am 29. September forderten nun auch die Maurer am Rafterbau 42 %, und als diese Forderung rundweg abgelehnt wurde, legten 24 Mann die Arbeit nieder, nicht um zu streiken, sondern in der Hoffnung, bei Unternehmern, die 42 % zahlen, in Arbeit treten zu können. Die Gesellen wurden aber überall zurückgewiesen mit dem Bemerken, sie sollten auf der Katerne weiter arbeiten. Und als die Gesellen dies nicht thaten, sondern sich unter diesen Umständen zur Arbeit entschlossen, erfolgte am 30. September die Aussperrung fast sämtlicher Maurer. Inzwischen haben Verhandlungen zwischen der Lohnkommission und den Unternehmern stattgefunden, und ist Hoffnung vorhanden, daß der Zustand im Laufe dieser Woche beendet wird. Lange immer die Unternehmer die Aussperrung auf keinen Fall anerkennen wollten.

Aus Zwidaun wird uns geschrieben, daß die dortigen Unternehmer in der Zeitungen der umliegenden Städte Maurer suchen, während eine größere Anzahl Zwidauner Maurer, die am Streik theilgenommen, noch ausgesperrt ist. Es ist daher dringender notwendig, daß in allen Zirkeln unseres Verbandes im Vogelland und Erzgebirge die Kollegen energisch dafür einreten, daß der Zugzug von Zwidaun fern gehalten wird.

Auf Verbrechen, in Panau, Löffelbach und Hildburghausen ist die Situation unverändert.

Der Zustand der Köstler Zimmerleute hat mit einem Siege der Arbeiter beendet. Als die Gesellen das Angebot der Zimmermeister nicht ablehnten, sondern auf ihrer Forderung eines Mindeststundenlohnes von 50 % beharrten, beschloß eine Innungsversammlung, sämtliche Gesellen auszuheuern. Die Aussperrung wurde am 23. September durchgeführt. Die Absicht der Unternehmer, die Organisation und die Streikliste der Arbeiter zu sprengen, schlug jedoch vollständig fehl. Ein Einigungsversuch vor dem künftigen Gewerbegericht als Einigungsamt verfiel ereignislos. Bei einer erneuten Verhandlung aber nahmen die Meistervertreter die Forderung der Gesellen an. Es würde zwischen den Vertretern der beiden Parteien zu Protokoll des Gewerbegerichts vereinbart, daß bis zum 1. April 1901 ein Mindeststundenlohn von 50 % gezahlt wird, mit Ausnahme derjenigen Gesellen, die noch nicht zwei Jahre die Lehrtzeit hinter sich haben; diese erhalten 47 %. Nachdem sich eine Gesellenversammlung mit den Abmachungen einverstanden erklärte, wurde am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen.

Aus unserer Bewegung. (Redaktionsbeschluss für Versammlungsberichte und Eingekundete Montags Abends 8 Uhr.)

Befellungen auf die Nr. 20 des „L'Operalo Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 16. Oktober, eingegangen sein. Später einkaufende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstags früh gedruckt wird.

Alle Zuschriften, die schneller Entscheidung bedürfen, richten man direkt an die Redaktion des „L'Operalo“: Oscar Wolff, Hamburg-St. Pauli, Marktstr. 15, 2. Et.

Am 30. September, Abends 8½ Uhr, wurde im Restaurant „Dall'Armi“ in München die dritte Konferenz der Maurer Südbayerns durch den Kollegen Bernthalers-Augsburg eröffnet. Er begrüßte zunächst die Anwesenden im Namen der Agitationskommission, worauf die Bildung des Bureaus vollzogen wurde. Gemählt wurden Kollege Bernthalers als Vorsitzender, Samwobler-Augsburg und Einzel-München als Schriftführer. Dann wurde die Mandatsprüfungskommission gewählt. Diese stellte alsbald fest, daß zunächst acht Orte durch 14 Delegierte vertreten sind. Außerdem waren erstehende beim Vertreter der Bauarbeiter-Agitationskommission München, der Gewerkschaftsbereich durch den Genossen Sturm, die sozialdemokratische Landtagsfraktion durch den Genossen v. Wolfram und der Hauptverband des Zentralverbandes der Maurer durch Kollegen Silberhalmid-Berlin. Die in Südbayernland beschäftigten Italiener waren durch Kollegen Vincenzo Camorini-Bedau vertreten. Ein Antrag, daß die Vertreter der Bauarbeiter-Agitationskommission, des Gewerkschaftsbereichs und der Landtagsfraktion Sitz und Stimme haben sollten, wurde einstimmig angenommen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Bericht der Agitationskommission, entwarf Kollege Pusch-München ein lautes Bild über die Thätigkeit der Kommission im verflochtenen Jahre. Er schilderte die traurige Lage der Kollegen in der Provinz, sowie die schwierige Agitation auf dem Lande, die durch Sanktionsverfahren u. d. m. erschwert wird. Trotzdem sei ein Fortschritt der Agitation zu verzeichnen, wenn auch nicht in dem Maße, wie es wünschenswert wäre. Am meisten habe Augsburg die Thätigkeit der Kommission in Anspruch genommen. Neu gegründet wurden die Zehlfelder-Münchinger, Kaufbeuren, Passau und Regensburg. In einer Anzahl kleinerer Orte sind Verbindungen angeknüpft worden.

Kollege Schuster erstattet den Kostenbericht, der im verflochtenen Jahre mit 724,93 Einnahme und 674,50 Ausgabe bilanzierte, so daß ein Restbetrag von 50,43 verbleibt. Die Wichtigkeit der Berechnung wurde bestritten. Kollege Hochfelner bemerkt, daß die Agitationskommission nach Kräften ihre Schuldigkeit gethan habe und es lediglich der großen Interesslosigkeit der Kollegen zuzuschreiben sei, daß die Organisation nicht raschere Fortschritte zu verzeichnen habe.

Aus dem zweiten Punkt der Tagesordnung: Bericht der einzelnen Delegierten, geht hervor, daß die Lebenslage der Maurer allerorts eine durchaus schlechte zu nennen ist. Göttinger-Münchinger führt aus, daß sich die Organisation am Orte im letzten Jahre etwas gehoben hat, dies sei aber im Verhältnis zu der Zahl der hier beschäftigten Maurer unbedeutend. Es sei hier noch ein riesiges Feld zu bearbeiten; leider ist die Freiheit und Gleichgültigkeit der hiesigen Kollegen eine ungemein große. Auch habe München viel unter dem Zugzug der Ausländer zu leiden. Es sind hier über 1000 Öhnen, sowie mehr als 300 Italiener und eine hübsche Anzahl Zyteler beschäftigt. Erstreckt die Weise hängt auch besonders unter den Italienern das Solidaritätsgefühl an sich bemerkbar zu machen, wogegen die Öhnen der größten Individualismus befehen. Die Lebensbedürfnisse seien auch im letzten Jahre wieder theurer geworden; namentlich seien die Wohnungsmiethen bedeutend im Preise gestiegen, wogegen die Löhne eher hinter denen im Vorjahre zurückgeblieben sind. Pusch er schließt sich den Ausführungen des Vorredners an, bemerkt aber, daß auch die Öhnen zu organisieren seien. Koch bemängelt, daß diese Kollegen nicht zur Konferenz eingeladen wurden. Einwoth, Vertreter der Bauarbeiter-Agitationskommission, erwidert die Delegierten, mehr auf die Mithände in Bezug auf Bauarbeiter-Agitation einzugehen und bezieht die kranken Zustände in dieser Beziehung auf den hiesigen Bauten, sowie die Schäden des Schuhhahms, wodurch die Unternehmer die Arbeiter in den Händen haben.

Einwoth-Augsburg: Die Zehlfelder ist erst vor ganz kurzer Zeit gegründet worden; organisiert sind gegenwärtig 82 Kollegen, doch bleibt auch hier noch die zu thun, um die Kollegen von der Nothwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Beschäftigt sind gegen 550 Maurer, worunter auch eine Anzahl Italiener sind. Die Löhne betragen 26 bis 35 % pro Stunde, wovon letzteren Satz mitunter schon Parliere beziehen. Dagegen sind die Wohnungen sehr teuer, und da ein Arbeiter bei einem Jahreslohn von ungefähr 450 bis 500 höchstens 120 bis 180 für Wohnungsmiethen ausgeben kann, sind solche Wohnungen aber in den meisten Fällen als Löhner zu bezeichnen. Die übrigen Lebensbedürfnisse stehen denen in München im Preise nicht nach. Uebervunden sind daher an der Tagesordnung. In Bezug auf Bauarbeiter-Agitation sieht es sehr schlimm aus. Die Beschäftigten des Mittelzuges: ist standlos, Bauhütten sind nur zur Unterbringung der Materialien, aber nicht zur Unterfrucht für die Arbeiter vorhanden, den stückigen und sanitären Anforderungen entsprechende Wohnorte sind in der christlichen Stadt Regensburg auf Bauten nicht zu finden.

Regler-Kaufbeuren: Beschäftigt sind 140 Maurer, davon 80 Italiener. Der Lohn beträgt 4,250 bis 3,30. Frauennarbeit konnte nur in einem Falle festgestellt werden. Neben Hag über den Terrorismus der Unternehmer, welche jede Befreiung in einer Organisation mit allen Mitteln zu erdrücken suchen, wobei ihnen die Polizei und Behörden getreulich Handlangerbienste leisten. Nur ein Meister erweist die Organisation an. Die Wohnungspreise sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Wohnungen, welche vor zehn Jahren 90 kosteten, sind heute unter 140 bis 150 nicht zu haben. Ebenfalls sind die Lebensmittel gestiegen. Organisiert sind außer dem Meider nur zwei Italiener; überhaupt seien diese oft leichter zu beschaffen als die Einheimischen.

sind gleichfalls sehr mangelhaft und stehen im Preise sehr hoch, 4,80 bis 100.

Wies-Münchinger berichtet, daß dort die Organisation erst seit diesem Frühjahr besteht, im Verbands sind 42 Kollegen. Auch hier läßt die Ueberzeugungstreu noch viel zu wünschen übrig. Der Lohn stehe auf 4,250 bis 3. Beschäftigt sind 250 Maurer und 180 bis 200 Tagelöhner. Eine Arbeiterwohnung koste 6 bis 9 monatlich. Die Behandlung seitens der Meister und Parliere ist eine unwillkürliche.

Schwieger-Augsburg führt aus, daß der Lohn in Augsburg in den achtziger Jahren von 4,350 bis 4,20 gestiegen sei, von 1890 an sank er wieder erheblich, trotzdem die Lebensbedürfnisse unaufhörlich stiegen. Die Folge davon war, daß die dortigen Kollegen Mittel und Wege suchten, ihre Lage zu verbessern, zu welchem Zwecke man versuchte, eine Organisation ins Leben zu rufen, was jedoch wiederholt mißlang, bis sich im letzten Jahre einigmalige die Wege eröffneten. Reiner kommt in seinen Ausführungen bis auf den in aller Gedächtnis liegenden Streik zu sprechen, indem er die diesem vorausgegangene Entwidlung einer interessanten Betrachtung unterzog. Samwobler-Augsburg entwirft im Anschluß hieran ein gerades schauerhaftes Bild der Zustände in Augsburg. Er betont die theuren Preise der Wohnungen und der Lebensmittel und die im Verhältnis dazu völlig ungenügenden Löhne, wodurch die Arbeiter gezwungen sind, Frau und Kind zum Verdingen in die Fabrik zu schicken. Trotzdem die ganze Familie arbeitet, ist der Maurer selten in der Lage, seinen Pflichten auf allen Gebieten nachzukommen; namentlich im Winter ist mancher brave Arbeiter gezwungen, die Hilfe der Kapitalisten in Anspruch zu nehmen. Die Zahl der organisierten Kollegen beträgt zur Zeit 750, wovon aber ein großer Theil auswärts in Arbeit steht, da die Augsburg-Unternehmer sich bemüht fühlen, diese an der freien Arbeit zu hindern.

Es tritt nunmehr Vertagung ein.

Die zweite Sitzung wird am 1. Oktober, Morgens um 9 Uhr 20 Min., durch Bernthalers eröffnet. Die Vertagung der Präsidialliste ergibt die Anwesenheit sämtlicher Delegierten mit Ausnahme des Kollegen Koch aus Regensburg, der sich krank gemeldet hat. Neu angemeldet sind die Kollegen Böckl und Gemm-München, Hartl-Gergweil, Stein-Alsbach, Treibl und Mann-Landsberg, so daß im Ganzen 11 Orte durch 20 Delegierte vertreten sind. Aus den weiteren Berichten der Delegierten geht hervor, daß die Verhältnisse im Großel und Ganzen überall gleich schlecht sind. Koch's Stellung hebt hervor, daß in seinem Orte die Parliere mehr Verständnis für unsere Sache zeigen, als die übrigen Kollegen, welche außerordentlich schwer für die Organisation zu gewinnen seien. Stein-Wiltschburg erklärt, daß er das einzige Mitglied der Organisation ist. Der Lohn beträgt durchschnittlich 4,240. Ein Meister, welcher die meisten Arbeiter beschäftigt, zahlt 4,2. Da die Bauperiode höchstens 20 Wochen dauert, schließen die meisten Kollegen mit einem Jahreslohn von 4,300 bis 4,350 ab. Statt diesen Zuständen entgegen zu arbeiten, rühren sich die Kollegen gar nicht. Die Befreiungszücherei wird im großen Maßstabe betrieben. Keineswegs liegen die Dinge in Passau und Gergweil.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Agitation beaufsichtigt durch den Lager der Maurer Südbayerns, führt Kollege Bernthalers in einem kurzen Referat den Anwesenden vor Augen, welche Mittel in Zukunft anzuwenden sind, um eine wirksame Agitation zu entfalten. Es sei vor Allem notwendig, sich intensiver dem je gearbeitet wird, um die Kollegen auf dem Lande der Organisation zuzuführen, damit diese sich in Zukunft nicht mehr zu Sozialräubern in den Großstädten hergeben. Durch öffentliche Versammlungen ist nicht immer der richtige Zweck erfüllt, hingegen haben sich einfache Besprechungen an vielen Orten gut bewährt. Besonders sei dies im schwäbischen Gebiet der Fall, wo die Organisation im verflochtenen Jahre erstebedeutende Fortschritte gemacht habe. Reiner bemerkt, daß die niederbayrischen Orte nicht zahlreicher auf der Konferenz vertreten sind.

Die Kollegen Pusch und Silberhalmid ergänzen das Referat durch längere Ausführungen. Nach einer kurzen Diskussion, an der sich Böckl, Bernthalers, Hartl, Silberhalmid, Sturm und Reiser theilnehmen, findet folgende, von den Kollegen Pusch und Bernthalers eingetragene Resolution einstimmige Annahme:

Die Konferenz spricht die Ueberzeugung aus, daß insolge der fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung sich auch die Lage der Maurer fortwährend verschlechtert. Es ist daher vor Allen dahin zu wirken, daß die Kollegen in Stadt und Land über die Verhältnisse aufgeklärt werden. Da ferner die Unternehmer sich in immer härteren Maße organisieren und in Verbänden zusammenzuschließen, so daß eine Erhöhung der Löhne in einzelnen Orten kaum noch durchführbar ist, ist es Pflicht aller Maurer Südbayerns, sich dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands anzuschließen, da nur eine starke Selbstorganisations im Stande ist, die Bestrebungen der Unternehmer zu durchkreuzen. Die Konferenz ersucht den Generalobermächtigsten der Maurer Deutschlands, die Bestrebungen der Maurer Südbayerns in Bezug auf Vertikung der Arbeitszeit und Erreichung günstiger Löhne in geeigneter Weise zu unterstützen.

Nebst den 4. Punkt der Tagesordnung: Der Augsburger Maurerstreik, referiert Kollege Pusch. Er schildert die Ursache und den Verlauf des Streiks, die Probenhaftigkeit der Unternehmer und gibt an dem interessanten Verhalten der Polizei- und sonstiger Behörden scharfe Kritik. Tabellenwerth ist, daß die Kollegen Südbayerns resp. Münchens trotz der ungeheuren Kosten des Streiks so wenig beigetragen haben.

Kollege Samwobler ergänzt die Ausführungen des Referenten noch in einigen Punkten.

Silberhalmid hebt in bestimmten Sätzen die Lehren hervor, die aus dem Augsburger Streik gezogen werden müssen und gibt den Kollegen anheim, sie gegebenen Falles praktisch zu verwirklichen. Ein Jeder müsse sein Scherlein zum Streikfonds beitragen, nur so kann er seine Pflicht erfüllen.

Zum 5. Punkt der Tagesordnung: „Bauarbeiter-Agitation“, erregt ebenfalls Kollege Pusch als erster Redner das Wort. In ausführlichen Darlegungen unterzieht er die heutigen Schuldbestimmungen zur Vermeidung von Unfällen einer eingehenden Beleuchtung. In seinen weiteren Ausführungen brachte Reiner das Submissionswesen, sowie die übermäßige Unterbrei der Arbeiter, auf den Bauten zur Sprache und geht besonders die Affordarbeit. Des Weiteren bemängelt er den oft gräßlichen Zustand der Arbeitsplätze und das fast gänzliche Fehlen der Wandbänke. Die Meister suchen die Schuld an den vielen Unfällen auf die Arbeiter abzuwälzen, indem sie die

Behauptung aufstellen, die Arbeiterkraft leiste sich oft des Guten zu viel, was auch die persönliche Ansicht des Ministers v. Trellsch sei. Zur Bekämpfung der Missstände auf den Bauten habe sich eine Bauarbeiter-Kommision konstituiert, welcher die Aufgabe zufalle, jeden ihr bekannt werdenden Mißstand durch das Arbeitersekretariat der Reichsbehörde anzuzeigen und Abhilfe zu verlangen. Es sei nötig, daß in den Provinzen gleichfalls gegen die Mißstände Front gemacht werde. Nebenher gibt einige Beispiele an, welche Schwierigkeiten dem Arbeiter oftmals bereitet werden, wenn er seine gesunden Glieder im Dienste des Kapitals eingebüßt hat und er eine Rente beansprucht, um das Leben zu fristen. Solche Mißstände zu beseitigen, sei Aufgabe einer starken Organisation.

Reiser (Bauarbeiter-Kommision) beruft eine Statistik in Bezug auf die Bauunfälle in den Kreisen Ober- und Niederbayern und Schwaben-Neuburg, woraus sich ergibt, daß Oberbayern die meisten Unfälle zu verzeichnen hat.

Kollege Göbenberger hätte erwartet, daß die Bauarbeiter-Kommision einen Bericht über ihre bisherige Thätigkeit geben würde. Nebenher zählt eine Reihe von Bauunfällen, welche sich in letzter Zeit in München zugezogen haben, auf. Das Gerücht, daß die Bauarbeiter in München vor fast durchgehends als sehr schlecht zu bezeichnen. Von mehreren Bauten, die Kollege Göbenberger persönlich beaufsichtigt hat, weiß er geradezu empörende Zustände zu berichten.

Genosse Reiser erteilt mit, daß die Kommission erst seit vier Wochen besteht. Erfreulicher Weise finde die Kommission auch im Kreise der Innungsmeister Anerkennung.

Silberstein schildert kurz den jetzigen hoffnungslosen Zustand der Baukontrolle durch die Berufsvereinigungen. Wir werden aber unsere Stimmen so lange dagegen erheben und unsere Forderungen immer lauter zu den Ohren der Regierungsdirektoren, der Stadtväter usw. bringen, bis die Regierung eintritt. Auf alle Fälle müsse verlangt werden, daß praktische Arbeiter zur Baukontrolle zugezogen werden.

Folgende vom Kollegen **Buß** eingebrachte Resolution gelangt zur Annahme:

„Die Konferenz erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie fordert, daß die heutige Reichsregierung, sowie der bayerische Landtag im Interesse der baugewerblichen Arbeiter eine Ausgestaltung des Unfallversicherungsweßens nach Maßgabe folgender Grundsätze zur Durchführung bringen:

1. Aufhebung der jetzigen absolut zweijährigen Organisation der Unfallversicherung und der Ueberwachung durch die Berufsvereinigungen.
2. Einführung von obligatorischen, durch Gesetz ausdrücklich zu bestimmenden und zu regelnden Unfallversicherungsbedingungen.
3. In Verbindung damit, Einführung der obligatorischen regelmäßigen Ueberwachung und Kontrolle sämtlicher Bauarbeiten durch aus öffentlichen Mitteln zu beschaffende, mit entsprechenden Vergütungen unabhängige Beamte.
4. Mißstände, die Fälle dieser Beamten ist nach gesetzlich vorgeschriebenem Modus, welcher die Verantwortung durch Behörden und Unternehmer ausschließt, vor der baugewerblichen Arbeiterkraft frei zu wählen, während die Uebigen von der unabhängigen Behörde zu ernennen sind. Jedoch mit der Maßgabe, daß die Ueberwachung und Kontrolle, sowie die Verrichtung an der Feststellung der Art, der Ursache und der Folgen des Unfalls von beiden Beamtencategorien gemeinsam ausgeübt wird.“

Zum Punkt 6: „Antrag und Beschluß des Herrn **Börsinger**, daß ihm auf der vorjährigen Konferenz die Stellung des Arbeitsnachweises angetragen wurde. Das habe sich jedoch als zwecklos erwiesen.“

Silberstein empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung. Es wird auch demgemäß beschlossen.

Buß beantragt, in München die Beitrags-einstufung, sowie das Unfallversicherungssystem einzuführen. Nebenher erläutert den Zweck des letzteren und empfiehlt seinen Antrag zur Annahme. **Böckl** und **Göbenberger** sprechen sich gegen, **Silberstein**, **Sch** und **Kingler** für den Antrag aus, worauf der Antrag **Buß** angenommen wird.

Zum Punkt 7: „Wahl der Agitationskommission“, stellt Kollege **Kingler** den Antrag: die Kommission in München von drei auf fünf Mann zu vergrößern, sowie für Schwaben in Augsburg, für Niederbayern in Landshut und für die Oberpfalz in Regensburg je ein Mitglied in diese Kommissionen zu wählen. Der Antrag wird angenommen. Aus der Wahl gingen hervor: **Buß**, **Schüller**, **Hartl**, **Koch** und **Mayer** (München), **Beutelschlag** (Augsburg), **Reichl** (Landshut) und **Sch** (Regensburg). **Wernitzgaler** stellt den Antrag, daß das Protokoll der Konferenz wieder zu einem Flugblatt bezugs Agitationszwecken ausgearbeitet wird. **Saumwäber** erteilt mit, daß Augsburg eine Denkschrift zum jüngsten Streit herauszugeben gewillt ist. Da konnte Weibes zu einer Broschüre zusammengefaßt werden.

Nach einem Schlussworte des Kollegen **Silberstein**, in dem er an die Delegierten appelliert, daß in der Konferenz Gehörte hinaus zu tragen und Jeder an seinem Ort mit aller Kraft für die Stärkung der Organisation einzutreten, wurde mit einem dreifachen Hoch auf die städtische Maurerbewegung die Konferenz um 6 Uhr Abends geschlossen.

Agitationsveranstaltungen. In **Hinterbög** fand am 26. September eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt, in der Kollege **Casteln** einen Vortrag hielt. Die gut besuchte Versammlung spendete dem Referenten reichlichen Beifall. — Am 3. Oktober referierte Kollege **Casteln** in **Münchlaun**. Leider war die Versammlung sehr schlecht besucht; von 150 organisierten Maurern waren nur 30 in der Versammlung anwesend. In die Balkommission für Arbeiterzweck wurden die Kollegen **Scharf** und **Winter**, in das Kartell die Kollegen **Labrenz** und **Scharf** gewählt. — Eine am 4. Oktober in **Dapnau** stattgehabte Bauhandwerker-Versammlung hörte zunächst einen Vortrag des Kollegen **Casteln** und ernannte dann den Kollegen **Brinke** als Kandidaten zu dem Schiedsgericht für Unzufriedenen. — Kollege **Boigt-Sommern** referierte am 27. September in **Stuttgart** in einer gut besuchten öffentlichen Maurerverammlung über: „Der Kampf um das Koalitionsrecht.“ Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. — In **Elbing** referierte am 26. September Kollege **Wiegner-Sannover** und in **Schwintzen** am 2. Oktober. Die Versammlung in diesem Orte war schlecht besucht; ganze 14 Mann waren anwesend. Bemerkenswertes ist über beide Versammlungen nicht zu berichten. — Die Entwicklung unserer Organisation, welche Vorhille bietet sie den Kollegen und ihre Bekämpfung durch die Gegner“ lautete das Thema, über das

Kollege **Efftinge** am 27. September in **Dortmund** referierte. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. — Neben demselben Thema referierte Kollege **Efftinge** am 3. Oktober in **Hohenlimburg**. Auch hier wurden seine Ausführungen beifällig aufgenommen. — Am 26. September hielt Kollege **Wertz** in **Bremen** einen Vortrag über: „Unternehmerverbände und Arbeiterorganisationen“. Die Versammlung war leider nur schwach besucht; 150 Kollegen mochten anwesend sein. (Die **Maurer** Bremens scheinen das Bedürfnis zu haben, sich auf den Vorber, die sie sich im letzten Jahre durch ihre „Erzengel-schaften“ erworben, ausruhen zu müssen. **Kamerl. d. Ref.**) — In **Bremerhaven** referierte Kollege **Wertz** am 2. Oktober über dasselbe Thema. In der Diskussion sprachen noch mehrere Redner im Sinne des Referenten und getielten vor allem das auch in den Unterreferenten immer mehr um sich greifende Affordhysien und das Ueberhandnehmen. — Kollege **Schwartz** referierte am 26. September in **Bromberg** unter großem Beifall der Versammlung. Eine Professorensolution gegen die Zucht-hausvorlage fand einstimmige Annahme. — Ueber: „Die Entstehung und Entwicklung der Arbeiterorganisationen mit besonderer Berücksichtigung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands“ referierte Kollege **Schwartz** am 29. September in einer stark besuchten Versammlung in **Rosen**. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag wurde einstimmig beschlossen, nachstehende Forderungen den Unternehmern zur Genehmigung zu unterbreiten: Mit dem 1. April 1900 treten nachstehender Lohnsatz und Arbeitsbedingungen in Kraft: 1. Die Arbeitszeit beträgt überall nur 10 Stunden. 2. Der Stundenlohn beträgt 45 Pf. 3. Am Sonnabend wird eine Stunde früher Feierabend gemacht und der Tag voll ausbezahlt. 4. An den Tagen vor den drei hohen Festen wird zwei Stunden früher Feierabend gemacht und der Tag voll ausbezahlt. 5. Der Stundenlohn ist Sommer und Winter gleichmäßig zu zahlen. 6. Der Lohn muß Sonnabends nach Feierabend voll zur Auszahlung gelangen. 7. Abschaffung der Affordarbeit. 8. Abschaffung der Aftarbeit, aber in dringenden Fällen Zahlung eines Zuschlages von 25 Pfl. pro Ueberstunde (siehe 11 A.). 9. Abschaffung einer verbotenen, weitergehenden Bauweise für jeden Bau zum Unterlegen für sämtliche am Bau beschäftigten Arbeiter. 10. Abschaffung eines verbotenen vorchriftsmäßigen Wortes. 11. Verweigerung des noch, daß die Versammlung wegen Ueberfreitender der Kollegscheide aufgelöst wird. Außer dem überwachenden Kommissioner und dem Schutzmansposten im Saale, hielt vor dem Establishment eine Reihe Schutze, unterführt von einer Militärpatrouille Waft. Ob diese Anordnungen zu Ehren des Kollegen **Schwartz** oder zu seiner Sicherheit getroffen wurden, ist uns leider nicht mitgeteilt worden. — In **Hilse** referierte am 30. September Kollege **Schwartz** über: „Zweck und Nutzen der Organisation“. Die Versammlung mußte in einer Privatwohnung stattfinden, da die Unternehmern es fertig gebracht haben, den Gesellen alle Säle abzutreiben. — In einer öffentlichen Maurerverammlung, die am 24. September in **Hies-Neudorf** stattfand, referierte Kollege **Wiegner** über: „Zweck und Nutzen der Organisation“. Zwei Kollegen lesen sich in den Verhandlungen auf. Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung tagte am 6. Oktober für Langenlofen und Gschren. Kollege **Müller** referierte über: „Die Bedeutung des Koalitionsrechtes“ unter großem Beifall der Versammlung. — In **Meißen** fand am 29. September eine öffentliche Maurerverammlung statt, in der Kollege **Wiegner** einen Vortrag hielt. Kollege **Wiegner** bezeichnet nach noch die in den letzten Wochen sich hier zugezogenen Unfälle. Nicht bezeichnet ist es, daß der Unternehmer, an dessen Bau der Kollege **Wiegner** verunglückte, sich überigen am Bau beschäftigten bei Strafe der sofortigen Entlassung verbot, über den Unfall zu sprechen. — Kollege **Wiegner** hielt am 22. September in einer in **Charlottenburg** tagenden Mitglieder-Versammlung einen Vortrag über: „Das Recht auf Arbeit“. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Beschlissen wurde, die Kollegen **Wiegner** und **Wiaumann** zu der nächsten Versammlung einzuladen.

ber agitatorischen Seite. Die Notwendigkeit einer starken Organisation ist Leben, auch dem Indifferenten, klar geworden. Mit dem alten Schlenker aus der guten alten Zeit, wo der Fachverein dominierte oder bezieht, je nachdem, ist es ein für alle Mal vorbei. Da zahlte man alle Jahre einen halben Preussisch Courant und ging alljährlich einmal zur Freierversammlung. Im Uebrigen aber war man der Ansicht, daß ein solches Kaffeehause besser sei als ein guter Tagelohn.“ Was das es für ein Glatz, als sich ein paar junge Kerle erfrieden, für den Zentralverband zu agitieren, wo die Jahresbeiträge des Fachvereins kaum ein Vierteljahr reichlich. Und als sie gar in einer öffentlichen Maurerverammlung den Antrag stellten, die Firma Schödel zu herten. Das ist ein Schlag in's Wasser, sprach das Drael, und der Antrag wurde abgelehnt, obgleich er für die Firma Schödel ein Schlag in's Comptoir gewesen wäre. So lagen die Verhältnisse vor dem Streit. Als dann der Streit da war, und man mit dem herten Zug der 180 Streifen-fach sah, da schüttelte man mit dem Kopfe, das hatte man zum vier Wochen nicht einmal träumen können, das hatte man zum Mindesten nicht erwartet. Heute ist das anders, hüten viele, der Zentralverband wie der Fachverein weiß heute, daß gekämpft werden muß, fortwährend gekämpft werden muß, denn noch sind es, der Uebel viele, die uns brüden. Wie traunig steht es nicht mit dem Bauarbeiterzweck, und doch ist kein Fachverein zu finden, wo es heißt, kräftig die Hände zur Wehrung zu führen. In der öffentlichen Versammlung, in der die Balkommission gewählt wurde, fand sich von vier vorgeschlagenen Fachvereinsmitgliedern kein einziger zur Annahme einer event. Wahl bereit. Nun, der Bauarbeiterzweck wird gefördert ohne Fachverein, aber der Fachverein nicht ohne Bauarbeiterzweck. Gerade dieser Schritt wird das naturgemäße Schicksal des Fachvereins schneller herannahen lassen, nämlich: seine völlige Hölzung und damit sein Ende als Kampforgani-sation. Die Möglichkeit der Aushebung ist ihm genommen, die umliegenden Distrikten, mit alleiniger Ausnahme von Hiltnerode, wo er noch ein Duzend Mitglieder hat, sind vor uns ein-genommen resp. haben eigene Zählstellen, wie Zimmerer, ge-gründet. So wird er auf Blauenburg beschränkt bleiben müssen, bis wir einst die Entscheidung gestellt werden, und dann ist eines sicher: Blauenburg ist kein Halle!

In der Mitglieder-Versammlung der Zählstelle **Charlottenburg**, am 17. September, erstattete zunächst der Kassier Bericht über das finanzielle Ergebnis des Sitzungsjahres. Die Einnahme betrug M. 189,90, die Ausgabe M. 148,86, so daß ein Ueberschuß von M. 85,05 erzielt wurde. In **Gewerkschaftliches** gelangte folgende Resolution zur Annahme: Bei Kollegen, welche nach § 2 Abs. 2 des am 24. Juni 1899 geschlossenen Einigungs-Vertrages durch hohes Alter, Unfall oder Invalidität milder-leistungsfähig sind, und infolge dessen nur schwer Arbeit bekommen können, kann eine Ermäßigung der Beiträge zum Streifonds eintreten, wenn ein diesbezüglicher Antrag von Seiten der Kollegen des Baues oder der Verwaltung einer zum Streit-gehörte Berlin und Umgebung gehörigen Verbandszählstelle oder bei Einzelnern von den betreffenden Beitragszahlern (Berlin) an die Verbandsleitung (Kohortkommission) gestellt und von dieser akzeptiert wird. Die gänzliche Befreiung von den Streifonds-beiträgen kann nur durch einen Versammlungsbeschluß der be-treffenden Zählstelle genehmigt werden. In **Verbindungs** wurde beschlossen, dort, wo sich die Nutzer im Streit befinden, keine in dieses Fach einschlagenden Arbeiten zu berichten. Auf Antrag des Kollegen **Wiegner** wurde weiter der Beschluß gefaßt, die in **Charlottenburg** wohnenden Nutzer, die sich der Zählstelle ihres Wohnortes anschließen, zu verpflichten, sich der Zählstelle ihres Wohnortes anzuschließen. Das Arrangement eines abgelaufenen Mastenbalkens wurde der heftigen Verwaltung überwiefen. Zum Schluß erteilte die Versammlung das Mandat des be-rührenden Kollegen **Wiegner** und des Genossen **Facobey** durch Erheben von den Händen.

Die Zählstelle **Neudorf** hielt am 26. September eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Weil der zweite Bevollmächtigte verabschiedet ist, seine Funktionen auszuüben, wurde an dessen Stelle Kollege **Gramlow** gewählt. Ueber das Lokal, in dem das Sitzungsloft abgehalten werden soll, entspann sich eine lebhaft Debatte; schließlich entschied sich die Versammlung für Herrn **Wichmann**. In **Verbindungs** wurden die Kollegen **Wiegner** und **Schwartz** beauftragt, mit dem Vorstand des Fachvereins Unterhandlungen zwecks Uebertritt zum Verband anzutreten. Der Kassier stellte darauf noch mit, daß der Kollege **Wiegner** ihm mit Denuntiation gedroht habe, als er ihm die Sammelstellen für die Agitationsper-tien in **Dänemark** vorlegte. Darauf ist jetzt nach **Dänemark** gereist; die dortigen Kollegen mögen sich dort ihm in Acht nehmen.

Die Zählstelle **Duisburg** hielt am 1. d. M. ihre regel-mäßige Mitglieder-Versammlung ab; der Besuch derselben war wiederum nur ein sehr schwacher. Da der erste Bevollmächtigte am Ergehmen verhindert war und der zweite Bevollmächtigte trotz heftiger Aufforderung, in der Versammlung zu erscheinen, wiederum durch Abwesenheit glänzte wurde Kollege **Fam** in als provisorischer Vorsitzender gewählt. Ueber die Abhaltung der Versammlung wurde beschlossen, dieselben jeden ersten und dritten Samstag im Monat, Abends 8 Uhr, stattfinden zu lassen und einmal im „Grundstein“ bekannt zu machen. Zum zweiten Punkt erstattete Kollege **Wiegner** Bericht vom Kartell. Er wies darauf hin, daß das Kartell starken angegriffen hat, und das Reichsbureau zu unterstützen. Dasselben sind den Ge-werkschaften überwiefen und jedem Kollegen muß eine solche Karte ausgeschrieben werden. In **Verbindungs** wurden die Kartelldelegierten aufgefordert, beim Kartell dahin zu wirken, daß die Verbergskommission mehr als bisher ihre Pflicht tue. Mit einer ersten Mahnung seitens des Vorsitzenden, kraftfräufige Agitation für den Verband zu betreiben, wurde die Versamm-lung geschlossen.

Die Zählstelle **Elberfeld** hielt am Dienstag, 26. September, ihre gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab, in der zunächst Stellung zur bevorstehenden Gewerkschaftswahl genommen wurde. Kollege **Muth** machte vorher bekannt, daß der bis-herige Schriftführer **Karl Schimidt** sein Amt niedergelegt habe, und daß ein neuer gewählt werden müsse. Es wurde an seiner Stelle Kollege **Zohann Schlag** gewählt. Dann wurde als Kandidat zur Gewerkschaftswahl, Gruppe Bauhandwerker, Kollege **Ernst Krey** vorgeschlagen und aufgeführt. Hierauf machte Kollege **Wiegner** **Thabor** bekannt, daß unser diesjähriges Herbstbergnügen am Sonntag, den 29. Oktober, auf der „Wilschm-

Die Zählstelle **Bergedorf** hielt am 30. September ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. In dem Kartellbericht wies der Delegierte darauf hin, daß Mitte Oktober eine Haus-agitation stattfinden, und haben sich die hierzu Gewählten bei dem Kartelldelegierten zu melden. Es hatte sich herausgestellt, daß unser Lokaltarif einer gründlichen Revision unterzogen werden müsse; zunächst war es nötig, den Punkt 6 vorzunehmen, weil in der letzten Zeit zwischen dem Obermeister der Innung und den Zimmergefallen Meinungsverschiedenheiten betrefrs der Wasser-arbeit vorgekommen waren und hier in nächster Zeit größere Wasserarbeiten in Aussicht stehen. Der von einer Kommission der Maurer und Zimmerer umgearbeitete Passus wurde in der Versammlung angenommen und hat derselbe jetzt folgenden Wortlaut: „Bei Wasserarbeiten wird ein Lohnzuschlag von 10 Pf. pro Stunde bezahlt; derselbe tritt bei Beginn der Arbeit in Kraft. Ist Wasserarbeit ist anzugehen: Sämtliche Neu-bauten von Brücken, Bollwerken, Dörchen und dergleichen, sowie Reparaturen an denselben.“ Unser diesjähriges Stiftungsfest findet am 28. Oktober statt und beträgt der Festbeitrag 50 Pf. Im Punkt „Verbandsangelegenheiten“ wurde von der Versamm-lung verlangt, daß Delegierten derselben würden, welche noch nicht ihren Beitrag zur Deckung des Vorlehens vom Hofarbeitersreit beigetragen haben. Es stellte sich heraus, daß dieses eine be-trächtliche Anzahl Mitglieder waren, und wird dieses wohl das beste Mittel sein, die säumigen Zahler an ihre Pflicht zu er-munern. — Es sei an dieser Stelle auf den Maurer **Otto Ernst** in **Lüneburg** anzuweisen gemacht, welcher gerne bereit, seine Schulden zu bezahlen. Kollegen, welche den Auktionshall des Ernst wissen, werden gebeten, unserem Herbergsrichter, **F. Paetow**, **Bergedorf**, **Süntern** Graben, seine Adresse zukommen zu lassen.

Aus **Blauenburg a. S.** wird uns geschrieben: Nachdem unser Streit vorüber ist, verlaßt es sich wohl, die ziemlich eigenartigen Verhältnisse in unserer Stadt einer näheren Ver-trachtung zu unterziehen. Eigenartig sind die Verhältnisse insofern, als an einem Orte, der rund 150 Maurer beschäftigt, zwei Organisationen bestehen. Diejenige unglücklichen Dualismus ist es auch zu verdanken, daß unser Sieg nicht so ausgenützt werden kann, wie er hätte ausgenützt werden müssen. Es hieße Mindesten spielen, wollte man weiterdenken, was uns der Streit an Vorhellen gebracht hat. Einmal hat er uns gebracht einen materiellen Vorheil: mit dem „Normallohn“ von 80 Pf. ist ein für alle Mal gebroden, der Durchschnittslohn beträgt 82—83 Pf. Zum Zweiten hat er uns gebracht einen Vorheil, der vor-läufig noch höher ange schlagen werden muß, und der liegt auf

ber agitatorischen Seite. Die Notwendigkeit einer starken Organisation ist Leben, auch dem Indifferenten, klar geworden. Mit dem alten Schlenker aus der guten alten Zeit, wo der Fachverein dominierte oder bezieht, je nachdem, ist es ein für alle Mal vorbei. Da zahlte man alle Jahre einen halben Preussisch Courant und ging alljährlich einmal zur Freierversammlung. Im Uebrigen aber war man der Ansicht, daß ein solches Kaffeehause besser sei als ein guter Tagelohn.“ Was das es für ein Glatz, als sich ein paar junge Kerle erfrieden, für den Zentralverband zu agitieren, wo die Jahresbeiträge des Fachvereins kaum ein Vierteljahr reichlich. Und als sie gar in einer öffentlichen Maurerverammlung den Antrag stellten, die Firma Schödel zu herten. Das ist ein Schlag in's Wasser, sprach das Drael, und der Antrag wurde abgelehnt, obgleich er für die Firma Schödel ein Schlag in's Comptoir gewesen wäre. So lagen die Verhältnisse vor dem Streit. Als dann der Streit da war, und man mit dem herten Zug der 180 Streifen-fach sah, da schüttelte man mit dem Kopfe, das hatte man zum vier Wochen nicht einmal träumen können, das hatte man zum Mindesten nicht erwartet. Heute ist das anders, hüten viele, der Zentralverband wie der Fachverein weiß heute, daß gekämpft werden muß, fortwährend gekämpft werden muß, denn noch sind es, der Uebel viele, die uns brüden. Wie traunig steht es nicht mit dem Bauarbeiterzweck, und doch ist kein Fachverein zu finden, wo es heißt, kräftig die Hände zur Wehrung zu führen. In der öffentlichen Versammlung, in der die Balkommission gewählt wurde, fand sich von vier vorgeschlagenen Fachvereinsmitgliedern kein einziger zur Annahme einer event. Wahl bereit. Nun, der Bauarbeiterzweck wird gefördert ohne Fachverein, aber der Fachverein nicht ohne Bauarbeiterzweck. Gerade dieser Schritt wird das naturgemäße Schicksal des Fachvereins schneller herannahen lassen, nämlich: seine völlige Hölzung und damit sein Ende als Kampforgani-sation. Die Möglichkeit der Aushebung ist ihm genommen, die umliegenden Distrikten, mit alleiniger Ausnahme von Hiltnerode, wo er noch ein Duzend Mitglieder hat, sind vor uns ein-genommen resp. haben eigene Zählstellen, wie Zimmerer, ge-gründet. So wird er auf Blauenburg beschränkt bleiben müssen, bis wir einst die Entscheidung gestellt werden, und dann ist eines sicher: Blauenburg ist kein Halle!

In der Mitglieder-Versammlung der Zählstelle **Charlottenburg**, am 17. September, erstattete zunächst der Kassier Bericht über das finanzielle Ergebnis des Sitzungsjahres. Die Einnahme betrug M. 189,90, die Ausgabe M. 148,86, so daß ein Ueberschuß von M. 85,05 erzielt wurde. In **Gewerkschaftliches** gelangte folgende Resolution zur Annahme: Bei Kollegen, welche nach § 2 Abs. 2 des am 24. Juni 1899 geschlossenen Einigungs-Vertrages durch hohes Alter, Unfall oder Invalidität milder-leistungsfähig sind, und infolge dessen nur schwer Arbeit bekommen können, kann eine Ermäßigung der Beiträge zum Streifonds eintreten, wenn ein diesbezüglicher Antrag von Seiten der Kollegen des Baues oder der Verwaltung einer zum Streit-gehörte Berlin und Umgebung gehörigen Verbandszählstelle oder bei Einzelnern von den betreffenden Beitragszahlern (Berlin) an die Verbandsleitung (Kohortkommission) gestellt und von dieser akzeptiert wird. Die gänzliche Befreiung von den Streifonds-beiträgen kann nur durch einen Versammlungsbeschluß der be-treffenden Zählstelle genehmigt werden. In **Verbindungs** wurde beschlossen, dort, wo sich die Nutzer im Streit befinden, keine in dieses Fach einschlagenden Arbeiten zu berichten. Auf Antrag des Kollegen **Wiegner** wurde weiter der Beschluß gefaßt, die in **Charlottenburg** wohnenden Nutzer, die sich der Zählstelle ihres Wohnortes anschließen, zu verpflichten, sich der Zählstelle ihres Wohnortes anzuschließen. Das Arrangement eines abgelaufenen Mastenbalkens wurde der heftigen Verwaltung überwiefen. Zum Schluß erteilte die Versammlung das Mandat des be-rührenden Kollegen **Wiegner** und des Genossen **Facobey** durch Erheben von den Händen.

Die Zählstelle **Neudorf** hielt am 26. September eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Weil der zweite Bevollmächtigte verabschiedet ist, seine Funktionen auszuüben, wurde an dessen Stelle Kollege **Gramlow** gewählt. Ueber das Lokal, in dem das Sitzungsloft abgehalten werden soll, entspann sich eine lebhaft Debatte; schließlich entschied sich die Versammlung für Herrn **Wichmann**. In **Verbindungs** wurden die Kollegen **Wiegner** und **Schwartz** beauftragt, mit dem Vorstand des Fachvereins Unterhandlungen zwecks Uebertritt zum Verband anzutreten. Der Kassier stellte darauf noch mit, daß der Kollege **Wiegner** ihm mit Denuntiation gedroht habe, als er ihm die Sammelstellen für die Agitationsper-tien in **Dänemark** vorlegte. Darauf ist jetzt nach **Dänemark** gereist; die dortigen Kollegen mögen sich dort ihm in Acht nehmen.

Die Zählstelle **Duisburg** hielt am 1. d. M. ihre regel-mäßige Mitglieder-Versammlung ab; der Besuch derselben war wiederum nur ein sehr schwacher. Da der erste Bevollmächtigte am Ergehmen verhindert war und der zweite Bevollmächtigte trotz heftiger Aufforderung, in der Versammlung zu erscheinen, wiederum durch Abwesenheit glänzte wurde Kollege **Fam** in als provisorischer Vorsitzender gewählt. Ueber die Abhaltung der Versammlung wurde beschlossen, dieselben jeden ersten und dritten Samstag im Monat, Abends 8 Uhr, stattfinden zu lassen und einmal im „Grundstein“ bekannt zu machen. Zum zweiten Punkt erstattete Kollege **Wiegner** Bericht vom Kartell. Er wies darauf hin, daß das Kartell starken angegriffen hat, und das Reichsbureau zu unterstützen. Dasselben sind den Ge-werkschaften überwiefen und jedem Kollegen muß eine solche Karte ausgeschrieben werden. In **Verbindungs** wurden die Kartelldelegierten aufgefordert, beim Kartell dahin zu wirken, daß die Verbergskommission mehr als bisher ihre Pflicht tue. Mit einer ersten Mahnung seitens des Vorsitzenden, kraftfräufige Agitation für den Verband zu betreiben, wurde die Versamm-lung geschlossen.

Die Zählstelle **Elberfeld** hielt am Dienstag, 26. September, ihre gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab, in der zunächst Stellung zur bevorstehenden Gewerkschaftswahl genommen wurde. Kollege **Muth** machte vorher bekannt, daß der bis-herige Schriftführer **Karl Schimidt** sein Amt niedergelegt habe, und daß ein neuer gewählt werden müsse. Es wurde an seiner Stelle Kollege **Zohann Schlag** gewählt. Dann wurde als Kandidat zur Gewerkschaftswahl, Gruppe Bauhandwerker, Kollege **Ernst Krey** vorgeschlagen und aufgeführt. Hierauf machte Kollege **Wiegner** **Thabor** bekannt, daß unser diesjähriges Herbstbergnügen am Sonntag, den 29. Oktober, auf der „Wilschm-

ber agitations Seite. Die Notwendigkeit einer starken Organisation ist Leben, auch dem Indifferenten, klar geworden. Mit dem alten Schlenker aus der guten alten Zeit, wo der Fachverein dominierte oder bezieht, je nachdem, ist es ein für alle Mal vorbei. Da zahlte man alle Jahre einen halben Preussisch Courant und ging alljährlich einmal zur Freierversammlung. Im Uebrigen aber war man der Ansicht, daß ein solches Kaffeehause besser sei als ein guter Tagelohn.“ Was das es für ein Glatz, als sich ein paar junge Kerle erfrieden, für den Zentralverband zu agitieren, wo die Jahresbeiträge des Fachvereins kaum ein Vierteljahr reichlich. Und als sie gar in einer öffentlichen Maurerverammlung den Antrag stellten, die Firma Schödel zu herten. Das ist ein Schlag in's Wasser, sprach das Drael, und der Antrag wurde abgelehnt, obgleich er für die Firma Schödel ein Schlag in's Comptoir gewesen wäre. So lagen die Verhältnisse vor dem Streit. Als dann der Streit da war, und man mit dem herten Zug der 180 Streifen-fach sah, da schüttelte man mit dem Kopfe, das hatte man zum vier Wochen nicht einmal träumen können, das hatte man zum Mindesten nicht erwartet. Heute ist das anders, hüten viele, der Zentralverband wie der Fachverein weiß heute, daß gekämpft werden muß, fortwährend gekämpft werden muß, denn noch sind es, der Uebel viele, die uns brüden. Wie traunig steht es nicht mit dem Bauarbeiterzweck, und doch ist kein Fachverein zu finden, wo es heißt, kräftig die Hände zur Wehrung zu führen. In der öffentlichen Versammlung, in der die Balkommission gewählt wurde, fand sich von vier vorgeschlagenen Fachvereinsmitgliedern kein einziger zur Annahme einer event. Wahl bereit. Nun, der Bauarbeiterzweck wird gefördert ohne Fachverein, aber der Fachverein nicht ohne Bauarbeiterzweck. Gerade dieser Schritt wird das naturgemäße Schicksal des Fachvereins schneller herannahen lassen, nämlich: seine völlige Hölzung und damit sein Ende als Kampforgani-sation. Die Möglichkeit der Aushebung ist ihm genommen, die umliegenden Distrikten, mit alleiniger Ausnahme von Hiltnerode, wo er noch ein Duzend Mitglieder hat, sind vor uns ein-genommen resp. haben eigene Zählstellen, wie Zimmerer, ge-gründet. So wird er auf Blauenburg beschränkt bleiben müssen, bis wir einst die Entscheidung gestellt werden, und dann ist eines sicher: Blauenburg ist kein Halle!

* Anspruch des langjährigen Vorsitzenden des Fachvereins im Juni d. J. in öffentlicher Versammlung.

höhe" stattfindet. Dann folgte der Bericht des Gewerkschafts...

Die Eingangsrede in Halle a. S. hielten am 29. September eine Versammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung...

Am 24. September fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Bezirksstelle...

Aus Kottbus wird uns geschrieben: Am Dienstag, den 8. Oktober, fanden im Kottbuser Hofe die Wahlen für den...

pro diesen erbärmlichen Löhnen nicht möglich ist, nur ärmlicher...

Am 27. September tagte in der „Gewerkschaftshalle“ in Leipzig...

Die Mitglieder-Versammlung der Bezirksstelle Norden am Sonntag, den 24. Sept., nahm den Bericht des Kollegen...

Aus Pöfnitz wird uns geschrieben, daß der in Nr. 28 unseres Blattes...

Berlin, Am 18. September hielt die hiesige Filiale ihre monatliche...

Bremerhaven. Am 20. September stattgehabten Mitglieder-Versammlung...

Dresden. Eine öffentliche Generalversammlung fand am 18. September im Restaurant „Germania“ statt.

Hagen a. d. W. Am Sonntag, den 17. September, hielt die hiesige Filiale...

Hannover. Die hiesige Filiale hielt am 28. Septemb. ihre regelmäßige...

Stuttgarter.

Für Plamen i. W. sind folgende Adressen maßgebend: V. Paul Wirth, Johannstr. 7; K. Ferd. Hegner, Seminarstr. 41.

Am 8. Oktober hielt die Bezirksstelle Potsdam ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, welche sehr schwach besucht war.

publizieren ein besonderer Stundenslohn in unserem Lohnverzeich- nisse nicht. Die Veranschlagung betrifft vielmehr die Stadt- punkte, das möglichst ein einheitlicher Lohn für sämtliche in unserer Gewerbe vorkommenden Arbeiten (einschließlich der Gipserarbeiten) gezahlt wird. Doch wird es als selbstverständlich erachtet, daß, wenn Mitglieder unserer Zählstelle bei Unter- nehmen von nur Gipserarbeiten in Arbeit treten, dieselben sich unbedingt nach dem Lohnstarif, wie er von der Gewerkschaft der Gipser aufgestellt, richten muß. Die Sache ist damit für uns abgemacht. Bitte! Nehmen wir einmal Gelegenheit, in einem besonderen Artikel auf die eigenartigen Verhältnisse zwischen Maurern und Gipsern, wie sie hier liegen und sonst wohl in keiner anderen Stadt Deutschlands zu finden sind, zurück zu kommen.) Auch die Angelegenheit im Nr. 37 eingeleiteten Be- richt der Magdeburger Kollegen wurde besprochen, die es so darstellten, als wenn die Kollegen Hannovers bei anderen Kollegen Vorwürfe machten das Sie nicht genug agitierten und wir deshalb den Congreß für Nord- und Mitteldeutschland an- geregt haben, wenn dieselben uns rascher erst unsere eigenen Kollegen am Orte zu organisieren und uns sozusagen die Fähigkeit hierfür abspredien, so müßen wir dagegen ganz entschieden Ver- wahrung einlegen, denn was hier am Orte nicht organisiert ist sind meistens die ganz alten Kollegen die von einer Vereinigung in unserer Sinne nichts wissen wollen, und die anderen sind die Mehrzahl Magdeburger die hier für jedes Lumpengeld arbeiten, weil sie seiner Zeit Streikbrecher gespielt haben, für uns ist die Qualität der organisierten Kollegen lieber, als ihre Quantität wie es in Magdeburg der Fall ist. Da wir die Verhältnisse da ebenlokal kennen so daß wir wohl uns ein Urteil erlauben können. Überdem scheint es als wenn einzelne Personen dort am ... leiden. Nummer. d. Schrift. Der Bericht im Nr. 38 d. G. von Hannover, ist von Seiten der Redaktion, so entliehen und redigiert, daß derselbe einen ganz anderen Sinn bekommen hat. Nicht der Vorstand hat sich ab- sichtlich vor Congress verhalten, sondern die stillen Magdeburger und Halle. Mit dem Hauptvorstand sind wir noch garnicht in Verbindung getreten, das ist auch aus dem Bericht garnicht heraus zu lesen und auch nicht dahin redigiert worden. Wenn in dem Bericht vom Vorstand die Rede ist, so ging dieses auch aus der Weisheit hervor; gemeint ist damit der Vorstand der stillen und nicht der Hauptvorstand in Köln. D. Red.) wozu es sehr wünschenswert wäre daß derselbe sein Augenmerk auch mal wieder auf Nord und Mitteldeutschland, betreffs besserer Agitation lenkt. Etwas reibiger ist ja bisweilen ganz gut aber nicht entstellen. Wir haben den Bericht wörtlich und ohne jegliche Färbung abgedruckt, um einmal der Welt zu zeigen, was Gutes und was Schlechtes in der Welt ist und aber ähnliche Selbstprodukte in den Papierkorb werfen. Das Schick- sal müde uns in Gnaden vor solchen Berichterstattungen be- wahren! (Die Red.)

Zu dem vorstehenden Bericht erstelien wir noch folgende Zuschrift: „Meinen eingeleiteten Bericht vom 30. d. M. ersuche dahin richtig zu stellen, daß in der angegebenen Nennung des Wortes Lohnbrüder nicht eine keine zu setzen ist.“

Wannheim. Eine öffentliche Gipser- und Suttanten- versammlung fand am 24. September von Mannheim aus in Feudenheim im Lokale „Etern“ statt. Genosse Kraus hielt einen längeren Vortrag über den Punkt: „Warum organisieren wir uns“. Er legte den Feudenheimer Kollegen die Notwendigkeit der Organisation so an's Herz, daß sich die dreizehn Kollegen, welche von Feudenheim da waren, bereit erklärten, eine Hilfsfiliale zu gründen. Als Vorkonferenz wurde Kollege S. d. e. r. als Hilfskassierer Kollege G. e. r. b. a. c. h. gewählt. Es wurde beschlossen, alle vier Wochen in Feudenheim eine Versammlung von Mannheim aus stattfinden, und alle Sonntage durch den Hilfskassierer den „Grundstein“ verbreiten und den Wochenbeitrag erheben zu lassen. Der erste Vorkonferenz, Kollege W. e. b. e. r., dantte dem Referenten und der Versammlung und brachte zum Schluß ein Hoch aus auf die Organisation.

Mittenberg. Am 1. Oktober fand im Gasthaus „Zur Rose“ eine Mitgliederversammlung statt. Zunächst wurde das Andenken der bei dem Köhler Bauernkrieg ums Leben ge- kommenen Kollegen durch Erheben von den Hägen geehrt. Es wurde beschlossen, den Hinterbliebenen eine Unterstützung von M. 20. aus der Vergütungsliste zu bewilligen. Das Geld wurde sofort abgeholt. Unter „Vereinsangelegenheiten“ kam auch das Umwehen der Affordarbeit wieder zur Sprache, wofür bereits mehrere Kollegen wieder kündigt. Es wurde beschlossen, im nächsten Jahre alle Kollegen aus dem Verbande auszuscheiden, welche sich den Bedingungen nicht unterordnen; nur durch ein schriftliches Borgehen kann man dem Umwehen der Affordarbeit auf den Leib rücken. In „Verzeichnissen“ wurde den Kollegen empfohlen, sich bei einer etwaigen Reise ab- zumelden, denn nur dann könnten sie Reiseunterstützung be- anspruchen, wenn sie die Vorchrift der Anmeldung befolgt hätten.

wir die Aufnahme ablehnen. Sie hätten übrigens besser gekann- ten, wenn Sie dem Vertrauensmann in Leipzig Mitteilung von der Sache gemacht hätten, dann wäre längst Remedur geschaffen. Wollen Sie das jetzt noch thun, dann müssen Sie aber Ihren Namen und Adresse angeben, denn auf anonyme Denunziationen geht kein rechtlich denkender Mensch etwas.

Zentral-Verband der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands. in Hamburg.

Bekanntmachung.

Beitragszahlung.
Am Schlusse des 3. Quartals wird sich wieder ergeben, daß viele Mitglieder mit der Beitragszahlung länger als drei Monate im Rückstande sind. Wir erinnern die säumigen Zahler hiermit an ihre Pflicht.

Die Zahlstellenverwaltungen ersuchen wir, wenn es noch nicht geschehen, Einrichtungen zu treffen, daß dem Verbande kein einziges Mitglied wegen rückständiger Beiträge verloren geht. Als die beste Einrichtung hat sich bisher die regelmäßige Einzahlung der Beiträge in Verbindung mit der „Grundstein“-Verbreitung erwährt.

Der letzte Verbandstag hat die Zahlstellen, durch Beschluß verpflichtet, die Einzahlung der Beitragsansammlung einzuführen, worauf wir hiermit zum wiederholten Male aufmerksam machen. Am Jahresabschluss werden wir feststellen, inwieweit die Zahlstellen dem Verbandstagsbeschlusse Rechnung getragen haben.

Die Quartalsabrechnung
für das 3. Quartal muß bis zum 15. Oktober eingeleitet werden. Bis zu demselben Datum müssen auch die in der Abrechnung aufgeführten und für die Hauptliste bestimmten Gelder ein- geleitet sein.

Zur Beachtung für die Revisoren und Zahlstellenverwaltungen.

Schon oftmals haben sich Zahlstellenrevisor bei uns be- schwert, daß ihre Revisoren trotz wiederholter Einladung nicht zur Revision erschienen sind.

Ein solches Verhalten ist eine Pflichtvergessenheit, welche nicht scharf genug gerügt werden kann. Die Revisoren sollen nicht erst auf Einladung der Kassierer und nur jedes Quartal einmal revidieren, sondern unangenehmt und mindestens jeden Monat. Die Revisoren werden hiermit angefleht, der jetzt auf- zustellenden Quartalsabrechnung wiederholt auf ihre Pflicht auf- merksam gemacht.

In Fällen, wo Unregelmäßigkeiten vorkommen, werden wir die Revisoren mit zur Rechenschaft ziehen, wenn sich herausstellt, daß die Revision mangelhaft war.

Das Letztere gilt auch für die Verwaltungen.

Etwas Unregelmäßigkeiten sind uns sofort zu melden, damit wir gegen die ungetreuen Kassierer vorgehen können.

Die Tabelle

über die statistischen Erhebungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer Deutschlands ist noch in größerer Anzahl vorhanden. Diejenigen Kollegen, die sich über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufscollegen in ganz Deutschland informieren wollen, müssen sich in der Weisheit einer solchen Tabelle setzen; denn ein besseres Mittel zur Information giebt es nicht.

Der Preis ist sehr minimal, er beträgt nur 40 S. Wir setzen Bestellungen entgegen. Bei Einzelbestellungen bitten wir, den Betrag gleich mit einzusenden.

Vom Vorstande bestätigt

sind die neu gewählten Verwaltungenbeamteten der Zahlstellen
Hamm i. B., Niessleben, Hofbach, Eghmann i. d. W., Neu-
hardenberg, Griesheim a. M., Wittenberg, Dauborn, Dessau.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund § 15a rep. d. des Statuts von den Zahlstellen:
Breslau: S. Hilber (Buch-Nr. 062 079); Straßburg: Fern.
Schering (Buch-Nr. 055 373).

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen G. Pajzke (Buch-Nr.
82 521), G. Pippy (Buch-Nr. 82 526), J. Neutrich (Buch-Nr.
087 298).

Der Vorstand.

S. A.: T. H. Bömelburg, Vorsitzender.

In der Zeit vom 8. bis 9. Oktober sind folgende Beträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.
Von der dritten Verwaltung in Weseled 19. 9. M. 200,
Mainz 628,50, Nixdorf 400,15, Düsseldorf 180, Eutin 129,40,
Danzig 122, Zwenkau 116, Odesloe 75, Sonnenburg (Neu-
markt) 71,20, Droyßig 80,04, Exebbin 96,62, Eilenburg 50,
Verden 20, Forchheim 16, Coblenz 9,53, Leipzig 659,20,
Niedrig 257,84, Freyhan 170, Nienburg 96,87, Regim 77,
Witten i. S. 57,20, Vernee 40,52, Byritz 32, Leer 26,89,
Dreieichenbüchel 250, Gähelbe 170,75, Darmstadt 131,50,
Espanbau 100, Schwiebus 95,87, Sornau 180,04,
Wiesbaden 162,25, Straßburg 147,55, Stahfurt 134,05,
Diedorf 188,60, Gräfenhainichen 94,15, Griesheim a. M.

88,40, Halberstadt 50, Bernau 40, Potsdam 769,09, Kassel 421,80,
Friedrichberg b. Berlin 293,90, Bochum 221,75, Berlin III
171,50, Fernersleben 124,36, Aue i. Erzgebirge 64,40, Medling-
hausen 47,45, Osterholz-Scharmbed 39,66, Znowraglaw 11,84,
Schöneberg 917,21, Dohgen 594,31, Steglitz 535,45, Schöneberg
515,91, Mannheim 444,40, Weidenau 223,40, Kiel 322,90, Duis-
burg 313,16, M. Schwalbe 174,72, Dypau 172,10, Döbenburg
147,62, Marienwalde 134,29, Grimmichau 131,10, Anklam 124,40,
Nienburg a. d. S. 117,80, Niesitz 108, Bannsee 93,85, Aurich
89,78, Bismarck 78,76, Nien 70,50, Zambach 71,06, Rhein
61,60, Gr.-Wechungen 52,72, Naumburg 49, Baugen 44,80,
Marne 39,70, Nechau 35,94, Sagan 32,40, Wartin 20,96,
Ludewalbe 17,79, Dierfriesdorf 12,40, Langenfelde 293,85,
Hörs i. Medlenb. 71,01, Wefen i. Saunus 67,60. Summa
M. 18 926,76.

Streifkass.

Oberst 186,08, Düsseldorf 220, Eutin 61,80, Bunzlau 72,48,
Zwenkau 44,10, Odesloe 25, Sonnenburg (Neumark) 20,60,
Exebbin 15,60, Eilenburg 50, Coblenz 1, Plauen i. Voigtland
200, Wilschhofen 160, Regim 66, Freyhan 80, Nies-Neu-
dorf 43,05, Regim 42,65, Witten i. S. 19,90, Vernee 7,60,
Byritz 14, Leer — 64, Helmstedt 10, Espanbau 56, Schwiebus
9,68, Steinhel 80, Wremen 300, Sornau 5,20, Wiesbaden
90,48, Straßburg 163,72, Stahfurt 21,88, Diedorf 81,60,
Gräfenhainichen 1,60, Wernau 110, Leipzig 172,60, Witten
188,72, Agitationkreis Mainz durch Schirer 100, Stahfurt 10,
Bochum 50,72, Fernersleben 51,82, Aue i. Erzgebirge 12,84,
Medlinghausen 6,56, Osterholz-Scharmbed 1,64, Znowraglaw
15,76, Breßlingen 110, Schöneberg 189,60, Dohgen 181,04,
Mannheim 21,60, Kiel 188,58, Duisburg 144,90, M. Schwal-
be 8,40, Döbenburg 47, Marienwalde 14,56, Grimmichau 8,10,
Anklam 64,88, Nienburg a. d. S. 12,80, Niesitz 56,45,
Bannsee 68,70, Aurich 19,68, Bismarck 54,60, Nien 28, Zamb-
bach 21,80, Neuhel 47,80, Gr.-Wechungen 7,44, Naumburg
98,87, Baugen 2,10, Marne 18,65, Nechau 3,80, Sagan 7,60,
Wartin 7,28, Hörs i. Medl. 1,80. Summa M. 4165,25.

Für Protokolle vom V. Verbandstage in Berlin.

Verleben M. 2,50, Hannover 37,50, Leipzig 287, Wartin i. Medl.
3,75, Freyhan i. Br. 5, Tondern 3, Wiesbaden 8,25, Znowraglaw
— 50, Griesheim 12,50, Mannheim 9,50, Weidenau 6,25, Kiel
10, Döbenburg 18,75, Marienwalde 6,25, Hörs i. Medl. — 25.
Summa M. 404,10.

Für gelieferte Flugblätter.

Bunzlau M. 4,80, Byritz 3,20, Schwiebus 4,80, Wiesbaden
6,50, Osterholz-Scharmbed 4,20, Döbenburg 5,50. Summa M. 29.

Die Zahlstellenrevisor resp. Einseher von Geldern werden
ersucht, auf den Postabschriften genau anzugeben, wofür das ein-
geleitete Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse, Verbandsbeiträge
sowohl als Streifenbeiträge, sind nur an J. K. Oster
zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es
vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.

Hamburg, den 9. Oktober 1899.

J. K. Oster,
Hamburg-St. Georg, Neue Wakenstr. 16, 1. G.

Quittung

über im Monat September bei der Unterzeichneten
eingegangene Gelder.

Für Anzeigen:
Eberwalde M. — 90, Schwiebus 2,05, Bismarck 2,65, An-
klam 3,85, Wolkmerhausen 3,60, M. Schwalbe 2,95, Gohs-
berg i. Schl. 1,20, Dessau 2,95, Nienburg (Stuttroter) 3,55,
Danzig — 20, Zambach 54,20, Ludewalbe 3,00, Gera 3,
Wormitz 1,50, Wittenberg — 40, Neuhardenberg — 35, Espanbau
— 20, Vernee 1,45, Sarnau 2,67.

Für Abonnement:
Wramschwitz M. 1,40, Zambach 2,75.

Die Expedition des „Grundstein“.

Zentral-Strafentasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands, „Grundstein zur Einheit“ (e. V. Nr. 7).

Zum Zweck der Teilnahme an den Unfalluntersuchungen
sind auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli
1884 folgende Mitglieder, welche von den örtlichen Verwaltungen
borgehalten, vom Vorstande für die Zeit vom 1. Oktober 1899
bis 30. September 1901 gewählt. Den zukünftigen Verbänden
ist dieses von uns angezeigt worden.

- Der Querschnitt ist der Bevollmächtigte, die beiden
folgenden erster resp. zweiter Ersatzmann.
- Barthel, Senfpiel, S. Schulz, Otto, Pfeilhofer, Wilh.
Adershof, Koffak, Fern. Borchert, Otto, Wölke, Gustav,
Nittenrunkler, Angersbach, Joh. Schmidt, W. Gier, S.
Altona, Süßler, Carl, Kruse, Ernst, Meyer, Johann,
Altkamm, Teufendorf, S. Schramm, G. Ringhard, Otto,
Alt-Weßeln, Bernd. Wilschhof, Wälsch, Wilh. Wälsch; Carl,
Alt-Gietzke, Walter, Otto, Müller, Adolf, Urban, Aug.
Alt-Warthan, Schneider, S. Waldmann, S. Thomaas, S.
Hilfsstellen, Schmeißer, G. Berger, Gust. Jordan, S.
Annaburg, Müller, Fern. Walter, Ernst, Engelmann, G.
Kruschwitz, Fuhmangel, August, Schmidt, Friedrich, Stiep, Carl,
Sabrina, Schäfer, Friedr. Daus, Wilh. Engelhardt, Carl,
Warkhausen, Kelle, Wilh. Warkhausen, Wilh. Korte, Friedr.
Beckh, Thiemann, Julius, Schwan, Richard, Zeit, Rudolf,
Bergedorf, Rodmann, Heinrich, Kruse, Carl, Daad, Heinz,
Berlin, Hoffmann, Paul, Schaf, August, Gams, Rudolf,
Blauenburg i. Schwarzhafel, Krämer, A. Stürmer, Magnus,
Müller, Louis.
- Blomberg, Meier, Wilhelm, Wische, Carl, Muß, Wilhelm,
Breslau, Seitz, Adolf, Schneider, Adolf, Forstner, Ferdinand,
Bürgstadt, Baumann, Anton, Seb. Friedrich, Schott, Jakob,
Celle, Müller, August, Coßes, Fritz, Gaber, Wilhelm,
Charlottenburg, Herward, B. Gnaab, Fern. Schilling, G.
Dessau, Richter, Carl, Vogel, August, Orlovsky, August,
Dortmund, Katozenzky, Jos. Wolf, Conrad, Figner, Fern.
Dresden u. Strießen, Kühner, C. Saalbach, A. Müller, J.
Duisburg, Briggemann, Wilh. Bösch, Ernst, Wolf, Carl.

Literarisches.
Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist
jeden das 51. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem
Inhalt heben wir hervor: Reaktionen Puppenspiele. — Karl
Marx über Karl Grün als Geschichtsschreiber des Sozialismus.
Aus dem Marx-Eingelassen Nachlaß. — Zum Paralelltag von
Hannover. Von Karl Kantisch. — Die innere Organisation der
belgischen Arbeiterpartei. Von Emil Bamberg, Brüssel. —
Die Transvaalfraktion. Von Heinrich Gumbel. II. — Revue der
Neuen. — Notizen: Die Konzentration in der Buchbinderei
Wiens. Von Julius Grünwald.

Der „Süddeutsche Postillon“ bietet in seiner neuesten
Nummer (20) zwei bemerkenswerthe satirische Beiträge, auf die
wir nicht verzaunten wollen, hinzuweisen. Erstens das Titelbild
„Der sehr ehrenwerthe Sie Chamerlain“, und zweitens das
Illustrirte satirische Gedicht „Der Freiwillige von Dijon“ von
Frans Geld auf S. 168.

Briefkasten.

Weichrode, B. Dergeleitete Aufsätze eignen sich zur
Aufnahme im „Grundstein“ nicht. Vorbesten ist es, man hält
den Kollegen ihre Sammelblätter einmal durch ein kleines Flug-
blatt vor Augen; das wirkt ebenso gut, als wenn es im
„Grundstein“ geschieht.

Direnberg, mehrere Kollegen. Wenn Sie sich nicht
getrauen, der Redaktion Ihren Namen zu nennen, dann müssen

